

Ausgabe A Nr. 47

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' mit 'Gedanken und Ringen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 202-205  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 24. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direction der Telefon-Gesellschaft, Telefonstraße 8

Anzeigenpreise:  
Die einfachste Anzeige 10 Pfennig, 20 Pfennig, 4.- Reichsmark, 'Kleine Anzeigen' das festgedruckte Wort 20 Pfennig (außer bei zwei festgedruckten Worten), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Einrückung des ersten Wortes 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 30 Pfennig.

Einlagen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Reichspräsident Ebert schwer erkrankt.

### Eine Blinddarmerkrankung. — Reichskanzler Luther Stellvertreter.

WTB. teilt kurz vor Mitternacht mit:

Reichspräsident Ebert ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt und muß sich einer Operation unterziehen, die Professor Bier noch heute nacht vornehmen wird.

Die verfassungsmäßige Vertretung des Herrn Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen.

Die Nachricht von der plötzlichen schweren Erkrankung des Reichspräsidenten wird in den weitesten Kreisen des deutschen Volks Bestürzung und tiefe Teilnahme wecken. Der Reichspräsident litt seit Jahren an einem Gallensteinleiden, das ihm in der letzten Zeit besonders heftig zusetzte. Nach der Erklärung der Ärzte erforderte sein Gesundheitszustand schon längst eine Behandlung im Sanatorium. Der Reichspräsident konnte sich aber auch jetzt noch so wenig wie bisher in den sechs Jahren zu einer Kur entschließen, die ihn für längere Zeit seinem Pflichtkreis ferngehalten hätte. Nun hat ihn ein Leiden auf das Krankenbett geworfen, von dem nur der rasche Zugriff des Chirurgen Rettung bringen kann. Ihm wird es hoffentlich gelingen, ein Leben zu erhalten, das nicht nur den Angehörigen und persönlichen Freunden, sondern dem ganzen deutschen Volk wertvoll bis zur Unerklichkeit ist.

Mit der plötzlichen Erkrankung des Reichspräsidenten ist zum erstenmal der Fall eingetreten, den der Artikel 51 der Reichsverfassung vorsieht. Dieser besagt:

Der Reichspräsident wird im Fall seiner Verhinderung zunächst durch den Reichskanzler vertreten. Dauert die Verhinderung längere Zeit, so ist die Betretung durch ein Reichsgesetz zu regeln.

Danach ist, wie amtlich bereits gemeldet wurde, die Vertretung des Reichspräsidenten dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen worden. Dr. Luther ist somit von heute ab nicht nur Reichskanzler, sondern auch Stellvertreter des Reichspräsidenten.

Man muß von seiner Loyalität erwarten, daß er das überaus schwere und verantwortliche Amt in einem Geist führen wird, der den Absichten des Reichspräsidenten selbst entspricht. Nur so wird zu vermeiden sein, daß sich die schwere Beunruhigung, die die Krankheit des Reichspräsidenten hervorruft, auch in politischer Richtung auswirkt.

Reichspräsident Ebert wurde nachts gegen 11 Uhr in einem Auto in das Sanatorium gebracht. Da die Krankheit in ihren Anfängen erkannt wurde, hofft man auf einen günstigen Verlauf der Operation, die gegen 1 Uhr nachts begann.

### Guter Verlauf der Operation.

Um 1/2 Uhr morgens wird uns gemeldet, daß die Operation günstig verlaufen ist.

## Caillaux' Rückkehr.

### Kampfanzeige an Reaktion und Großkapital.

Am vergangenen Donnerstag veranstaltete in Paris die französische Liga für Menschenrechte ein Kriekenballett zu Ehren der beiden prominentesten Opfer des französischen Nationalismus während des Weltkrieges, Joseph Caillaux und Jean Marjot, die erst kürzlich durch eine besondere Bestimmung des Amnestiegesetzes begnadigt, in Wirklichkeit rehabilitiert worden waren. Insbesondere Caillaux bedurfte einer solchen Amnestierung, um wieder aktiv in die Politik seines Landes eingreifen zu können, da das offensiv rechtshaltende Urteil des Staatsgerichtshofes gegen ihn im Frühjahr 1920 ihn für die Dauer von 10 Jahren der politischen Ehrenrechte beraubt und ihm den Aufenthalt in einer ganzen Reihe von Städten, darunter Paris, ausdrücklich untersagt hatte.

Dieses Urteil ist seinerzeit von allen wirklich demokratisch empfindenden Teilen des französischen Volkes als ein Raubakt Clemenceaus betrachtet worden, aber es schien, als würde es der politischen Laufbahn des ehemaligen Ministerpräsidenten endgültig ein Ende bereiten. Caillaux hatte bereits vor dem Kriege sehr schwere Tage durchgemacht und als er auf dem Höhepunkt der Kriegspychose als das Haupt des Defaitismus denunziert, als Verräter gebrandmarkt, als deutscher Agent eingekerkert und fast ein Jahr in Untersuchungshaft behalten wurde, da konnte man meinen, daß der nahezu sechzigjährige Mann diese furchtbare Prüfung weder physisch noch geistig würde aushalten können. Als er jedoch vor seinen Richtern stand, den Senatoren, die bereits gegen seinen Freund Marjot auf Befehl Clemenceaus die tollste Rechtsbeugung verbrochen hatten und von denen man wußte, daß sie von vornherein in ihrer Mehrheit entschlossen waren, auch an ihm einen Justizmord zu verüben, da verteidigte er sich mit der gleichen ungebrochenen Kraft wie ehemals und rüttelte durch seinen mehrwöchigen, unerschrockenen Kampf gegen seine politischen Verfolger immer weitere Kreise der französischen Demokratie auf. Auch das schwere, infamierende Urteil des Staatsgerichtshofes, das ihn wegen 'Einerverständnisses mit dem Feinde' politisch endgültig erledigen sollte, schien seine Kampfeslust nur zu vermehren. Dabei zeigte es sich, wie grundtätig verfehlt es ist, wenn Machthaber ihr vorübergehendes Übergewicht rüchichtslos wider ihre Gegner ausüben und dadurch Märtyrer schaffen. Caillaux, gegen den bis dahin in weiten Kreisen der französischen Demokratie, nicht zuletzt unter der Arbeiterschaft, wegen seines etwas hochmütigen Auftretens und wegen seiner engen Beziehungen zu gewissen Kreisen der Hochfinanz schwere Bedenken vorhanden waren, wurde plötzlich zum Symbol alles dessen, was vom regierenden Nationalen Bloß Clemenceaus, Millerands und Poincarés belampft und verfolgt wurde. Da er nicht mehr als Parlamentarier auftreten konnte, schrieb er aus der Verbannung Bücher und Aufsätze für republikanische Zeitschriften. Sein Buch 'Meine Gesangschaft' war ein erschütterndes Bändchen in eigener Sache und damit zugleich eine leidenschaftliche Anklage gegen seine Verfolger. Sein anderes Werk 'Wohin geht Frankreich, wohin Europa?' war eine überaus klare Widerlegung aller Irrtümer und Selbsttäuschungen der ursprünglichen Reparationspolitik der Alliierten und eine eindringliche Mahnung an die Völker des Kontinents, sich endlich auf ihre solidarischen Interessen zu besinnen. Im übrigen hielt er hin und wieder in solchen Städten, deren Aufenthalt ihm nicht verboten war, Vorträge, die jedesmal Anlaß zu heftigen Gegenkundgebungen der Nationalisten ja sogar zu Attentatsversuchen gaben. Aber nach jedem Buch, nach jedem Vortrag, nach jedem Anschlag wuchs sein Ansehen in der französischen Demokratie immer stärker, und er war, obwohl künstlich von der Politik ferngehalten, der eigentliche Schrittmacher des Vintcentells auf dessen Siegeslauf vom 11. Mai vorigen Jahres.

Infolgedessen wird Caillaux weit mehr noch als Herriot, Blum, Painlevé und die übrigen Führer der jetzt regierenden Linken von der Reaktion gehaßt und gefürchtet. Nur ein Mann ist in den letzten Jahrzehnten von den französischen Nationalisten so gehaßt und gefürchtet worden: Jaurès. Und wenn es nach den Wünschen der Reaktion ginge, so hätte man ihm schon längst das gleiche Schicksal bereitet wie dem großen sozialistischen Führer. Sie dachte nun, ihn auf fastem Wege zu erledigen, eben durch die Tortur der Landesverratsanklage und der Verurteilung, aber da es ihr mißglückt ist, muß man stets mit der Möglichkeit rechnen, daß er eines Tages das Schicksal derer erleidet, die der Reaktion allzu gefährlich sind.

Indessen konnte keine Drohung und keine Hehe die Regierungsmehrheit in beiden Kammern davon abhalten, Caillaux durch gesetzliche Rehabilitierung die Möglichkeit zur Wiederkehr in die aktive Politik seines Landes zu geben. Seine politischen Freunde dürften ihm demnächst einen sicheren Sitz in der Kammer verschaffen, was allerdings nach dem bestehenden Wahlgesetz das Ausschließen von mindestens zwei Abgeordneten eines Wahlbezirks durch Tod oder Verzicht erfordert. In Erwartung dessen hat jedoch die Liga für

## Marx in Hamm.

### Einmütige Vertrauenskundgebung der Zentrumswähler.

Hamm, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Provinzialausschuß der Westfälischen Zentrumspartei beschloß sich am Montag in Gegenwart des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx mit der allgemeinen politischen Lage und dem Verhalten des von ihm in den Preussischen Landtag delegierten Abgeordneten v. Popen. Dr. Marx hielt ein ausführliches Referat, in dem er die Haltung der Zentrumspartei im Reiche und in Preußen begründete. Am Schluß der Tagung stimmte der Provinzialausschuß einmütig einer Entschließung zu, in der Dr. Marx und den Fraktionen des Reichstags bzw. Landtags das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Der Abg. v. Popen war auf der Tagung nicht anwesend, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre. Er hatte in einem Brief, den er dem Provinzialausschuß übermittelte, den Antrag gestellt, in der Montagessitzung seinen Beschluß zu fassen und vorher das Urteil des landwirtschaftlichen Beirats der Westfälischen Zentrumspartei zu hören. Dieser Beirat tritt am Dienstag auf Wunsch des Herrn v. Popen zusammen. Die Konferenz lehnte jedoch den Antrag des Herrn v. Popen ab. Damit haben die politischen Vertreter der Westfälischen Zentrumspartei, als deren Delegierter Herr v. Popen zu betrachten ist, das Urteil gefällt, und dieses Urteil entspricht der Auffassung der preussischen Landtagsfraktion, die laut ihrem letzten Beschluß keine Möglichkeit mehr sieht, mit Herrn v. Popen zusammenzuarbeiten. Die Rundgebung des Provinzialausschusses des Westfälischen Zentrums ist eine Mißtrauenskundgebung für Herrn v. Popen.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob Herr v. Popen, der übrigens den wesentlichen Teil der Germania-Aktien besitzt, aus dem Beschluß des Ausschusses die erforderlichen Konsequenzen zieht. Er hat die Absicht, sich hinter den landwirtschaftlichen Beirat zu verschließen, der ihm wahrscheinlich am Dienstag das Vertrauen aussprechen dürfte. Da aber dieser Beirat nur beratenden Charakter hat, dürfte sein Urteil über die politische Frage, um die es sich im Falle Popen zweifellos handelt, für das Zentrum nicht maßgebend sein. Es ist infolgedessen zu erwarten, daß die Zentrumspartei Herrn v. Popen noch im Verlauf dieser Woche ausschließt, wenn er sein Mandat nicht niederlegt.

Außer dem Zentrumsabgeordneten v. Popen gehört der Abg. Loenarz, der im Rheinland gewählt ist, zu den rebellierenden Mitgliedern der preussischen Zentrumspartei. Die Reife des Ministerpräsidenten Dr. Marx nach Hamm hat gezeigt, daß Marx als Parteivorsitzender und die preussische Zentrumspartei sich diese Rebellion zum Schaden der von ihnen für gut gehaltenen Politik nicht gefallen lassen. Im Falle Popen hat der Provinzialausschuß der westfälischen Zentrumspartei als zuständige Instanz inzwischen gesprochen.

Im Falle Loenarz wird nun, wie wir erfahren, ebenfalls in den nächsten Tagen die zuständige Instanz ein Urteil abgeben. Loenarz hat sich bereits gegenüber dem Fraktionsvorstand des preussischen Zentrums in einem Schreiben zu rechtfertigen versucht, vorläufig aber aus politischen Gründen auf die Veröffentlichung dieses Briefes verzichtet. Es scheint, daß er sich für die Zukunft der Fraktionspolitik des

preussischen Zentrums zu jagen gedenkt. Aber mit diesem Anschein wird sich, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erfährt, der Vorstand der Zentrumsfraktion nicht begnügen. Er fordert Klarheit, und zu diesem Zweck werden die zuständigen rheinischen Instanzen in den nächsten Tagen zusammen mit einem maßgebenden Mitglied der Zentrumspartei zu einer Beratung über die politische Lage zusammentreten.

## Die Zentrumsarbeiter gegen den Rechtskurs.

### Eine Niederlage Stegerwalds.

Köln, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer Polemik mit der 'Kölnischen Zeitung' stellte am Sonnabendabend die 'Kölnische Volkszeitung' fest, daß Adam Stegerwald, der am vergangenen Sonntag in Köln in einer großen Versammlung der Arbeiterzentrumswähler versuchte, eine Rechtsorientierung seiner Partei zu rechtfertigen, mit seinen neuen Ideen und politischen Linien keinerlei Anklang gefunden hat. Nur ein einziger Diskussionsredner habe sich auf die Seite Stegerwalds geschlagen, während die erdrückende Mehrheit der sehr stark besuchten Versammlung die von Stegerwald vertretene Auffassung ausdrücklich ablehnte.

Mit dieser Feststellung ist abermals bewiesen, daß die christliche Arbeiterschaft Westdeutschlands, vor allem in der Metropole Köln, wo die christliche Gewerkschaftsbewegung von jeher sehr stark war, in den Streit Stegerwald-Umbuch sich zu den Auffassungen Umbuchs, der bekanntlich im Gegensatz zu Stegerwald auf dem äußersten linken Flügel der Zentrumspartei steht, bekennt.

## Die Rebellion der landwirtschaftlichen Beiräte.

Köln, 23. Februar. (Ill.) Der Landwirtschaftliche Beirat der rheinischen Zentrumspartei beschloß sich auf seiner Kölner Tagung sehr eingehend mit der Fragestellung der beiden Abgeordneten von Popen und Loenarz durch die Zentrumspartei des preussischen Landtags. Die Versammlung erklärte, daß sie sich mit aller Entschiedenheit auf die Seite der gemäßigten Abgeordneten stelle. Der Beschluß soll der Parteileitung mitgeteilt werden. Inzwischen hat sich auch der Landtagsabgeordnete Baumann mit den beiden Gemäßigten solidarisch erklärt. Auch der Landwirtschaftliche Beirat der westfälischen Zentrumspartei wird sich auf seiner Tagung in Hamm mit dieser Frage beschäftigen.

## Der Reichspräsident ans Reichsbanner.

Magdeburg, 23. Februar. (WTB.) Reichspräsident Ebert hat an die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold folgendes Telegramm gerichtet:

Den zur Feier des einjährigen Bestehens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg versammelten deutschen und österreichischen Volksgenossen danke ich für ihr Treuegelübde und ihre Grüße. Dem Reichsbanner spreche ich an seinem ersten Jahrestage meine besten Wünsche aus für seine Weiterentwicklung und die Erfüllung seiner großen staatspolitischen Aufgaben.

gez. Reichspräsident Ebert

Menschenrechte, jene überparteiliche Organisation aller ent-  
schieden demokratischen Kräfte des Landes, Caillaux schon jetzt  
die Möglichkeit zu einem Aufstehen erregenden Wiederauf-  
treten verschaffen wollen. Caillaux' Rede vom letzten Donner-  
stag ist daher mit Recht als ein nationales Ereignis empfun-  
den worden, und die überschwebendsten Kommentare  
der ihm nahestehenden Presse beweisen ebenso sehr die  
Bedeutung der reaktionären Blätter, daß er bereits heute  
als der Führer der französischen Linken angesehen wird. Bei  
aller Anerkennung, die den ausgezeichneten Eigenschaften  
Herrisot gebührt, ist es unbestreitbar, daß Caillaux  
ihm an staatsmännlicher Erfahrung, wirtschaftlichem Wissen  
außenpolitischer Ueberblick und vor allem an Festigkeit des  
Willens überlegen ist.

In seiner Bankettrede hat er zwar versichert, daß er nicht  
an Rache und Vergeltung denke, doch dürfte dies kaum mehr  
als eine platonische Redefloskel sein, und viel wahrscheinlicher  
ist, daß er die politische Bühne mit dem Gedanken wieder-  
befreit, seine volle Revanche an denen zu nehmen, die einst  
mit ihm so grausam verfahren sind. Uebrigens war schon  
diese erste Rede eine einzige Kampfansage an die Reak-  
tion. Mag sie auch in ihren allgemeinen Gedankenansätzen  
nur die Wiederholung dessen sein, was er in den letzten Jahren  
in seinen Schriften immer wieder entwickelt hat, so entbehrt sie  
dennoch nicht des Interesses angesichts der Führerrolle, die  
ihm bald zufallen wird. Caillaux bekenn sich nach wie vor  
zu jener Friedenspolitik Deutschland gegenüber, die er  
in den kritischen Tagen von Agadir mit Erfolg für sein Land  
durchgeführt hatte und die nach seinem Sturz von jener ande-  
ren Politik abgelöst wurde, die zum Krieg führen mußte. Und  
daß er trotz des französischen Sieges recht behalten hat das  
führt er seinen Zuhörern vor Augen, indem er an seine  
nationalistischen Gegner die furchtbare Frage richtet: „Was  
habet Ihr aus Frankreich gemacht?“ Diese Frage  
beantwortete er, indem er die Bilanz der letzten zehn  
Jahre in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zog  
und besonders das finanzielle Problem, das seit jeher  
sein Spezialgebiet war, einer eingehenden Prüfung  
unterzog. Bekanntlich ist die finanzielle Lage Frankreichs die  
größte Sorge des Volkes: das Gleichgewicht des Budgets  
ist nur künstlich und dürftig hergestellt, die Währung ist  
auf nahezu ein Fünftel ihres Friedenswertes gesunken und  
gerade in den letzten Tagen gefährlichen Schwankungen aus-  
gesetzt gewesen, der Aufdruck des ungeheuren Problems der  
interalliierten Schulden und der Milliardenforderungen  
Amerikas und Englands, die mindestens ebenso hoch  
sind wie die deutschen Zahlungsaussichten aus dem Dawes-  
Plan, lastet schwer auf der französischen Wirtschaft und Politik.  
Man hat drüben das unheimliche Gefühl — um mit Caillaux  
zu reden — „an der Schwelle des Fallentums“ zu stehen,  
und dieses Gefühl ist für die französische Nation um so uner-  
träglicher als doch Frankreich zu den Siegerstaaten gehört. Die  
nationalistische Reaktion greift seit Wochen und Monaten die  
Regierung Herrisot und das Kartell der Linken wegen dieser  
finanziellen Kalamität und ihrer Folgeerscheinungen — Teu-  
erung, Auswanderung des Mittelstandes usw. — mit demagogi-  
scher Rücksichtslosigkeit an und scheint dabei bereits einige Er-  
folge im Lande erzielt zu haben. Mit seiner unbestrittenen  
finanziellen Autorität packte jedoch Caillaux den Stier bei den  
Hörnern, machte in seiner Rede die vorgegangenen  
Regierungen der Nachkriegszeit für alles verantwortlich  
und entwarf nun seinerseits ein finanzielles und wirtschaftliches  
Wiederaufbauprogramm. Dabei zeigte er mit verbühfender  
Klarheit jene große Gefahr, die sich nicht nur in Frankreich,  
sondern in allen Ländern als Folge des Weltkrieges ent-  
wickelt hat:

„Ich möchte nun das schwierigste Problem unserer  
Zeit, wenn auch nur allgemein und oberflächlich, berühren. Ueberall  
bilden sich und vermehren sich Gruppen, die besondere  
Interessen vertreten. Ihre Stärke nimmt zu. Sie führen den  
Kampf gegen das Allgemeininteresse, indem sie behaupten und zu-  
weilen sogar glauben, ihm zu dienen. Tatsächlich sind jetzt neue

Bürgerchaften entstanden, die unwillig das parlamentarische  
System ertragen. Wenn es ihnen nicht gelingt, das Parlament zu  
beherrschen oder zu unterwerfen, so sehen sie alles in Bewegung —  
Pfeil-Kampagnen, Flugblätter, Straßenpropaganda, Aufpeitschung der  
Geister — um die Mehrheiten und die Regierungen zu zerlören  
oder lahmzulegen, die, weil sie nicht unter der Flagge der Reaktion  
stehen, sich ihrem Willen nicht gefügig zeigen.

Wenn diese Zwingerherren ihre Ziele nicht erreichen können,  
dann versuchen sie es auf Umwegen. Da sie wissen, daß die  
Gefahr nur totaler Buchstabe sind, und daß der Wille der Regierenden  
in der Luft hängt, wenn die Verwaltung diese Befehle nicht  
ordnungsgemäß ausführt, so versuchen sie die Exekutivorgane  
auf ihre Seite zu ziehen. Es ist ihnen dies um so leichter gewor-  
den, als der Staat immer schwächer wurde in der Zeit, in der sie  
an Macht zunahm. Man muß nämlich die Dinge  
sehen, wie sie sind! Besseres war es die übelste Folge des  
Krieges, daß er die Demoralisation und die Korrup-  
tion um sich hat greifen lassen. Freilich ist die ausgesprochene  
Bestechlichkeit nur eine Ausnahmeerscheinung. Aber das leidens-  
chaftliche Interesse am Wohl des Staates hat sich verringert. Die  
Furcht der besonders Befähigten haben Beamten in die  
Privatwirtschaft abgezogen. Der Geist des Kompromisses  
steht diejenigen an, die im staatlichen Dienst verblieben sind. So  
neigen die leitenden Beamten immer mehr dazu, jenen stark organi-  
sierten Interessentengruppen nachzugeben, von  
denen sie sich immer mehr umschlungen fühlen.“

Wort für Wort paßt diese Schilderung auf die Ver-  
hältnisse in Deutschland, nicht nur hinsichtlich der jüngsten  
Skandalaffären, sondern in noch größerem Maße für die  
großzügige Verquickung von Politik und Ge-  
schaft, die den Bürgerblock im Reich und die Treiber  
zum Bürgerblock in Preußen kennzeichnet. Kein sozialistischer  
Demokrat hätte die ungeheure Gefahr der großkapitalistischen  
Konzerne treffender zeichnen können, als dieser bürgerliche  
Demokrat. Caillaux' Warnung beweist aufs neue, wie  
identisch die Völker und die wirtschaftlichen und politischen  
Probleme sind, die die Nachkriegszeit geschaffen hat. Ebenso  
wie hier das schwerindustrielle Kapital seine 700.000.000.000  
Millionen Beute aus dem Ruhrkampf unter Umgehung des  
Parlaments heimbringen möchte und durch seine ge-  
kauften Presseorgane gegen die demokratischen Kräfte Sturm  
laufen läßt, jede Linksbewegung in Preußen sabotiert, jede  
Sozialpolitik im Reich durchkreuzt, ebenso versucht die Geld-  
macht des starken industrialisierten Frankreichs die demo-  
kratische Linksbewegung zu diskreditieren und zu stürzen. In  
ihren Mitteln und Zielen sind die reaktionären Kapitalisten  
Frankreichs und Deutschlands solidarisch. Es gilt nun,  
ihnen die Solidarität der beiden Demokratien  
entgegenzusetzen und vor allem die nationalistic  
Ablenkungsmanöver, mit denen das Großkapital  
beider Länder die Massen irreführen versucht, zu durch-  
schauern und zu durchkreuzen!

## Der Landesverratsunfug.

### Ein Verfahren gegen den „Vorwärts“ eingeleitet.

Das Reichsgericht hat am 6. Februar nach Anhörung des Ober-  
reichsanwalts beschlossen, ein Verfahren wegen Landesverrats  
gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, den  
Genossen Neuberger, einzuleiten. In diesem Verfahren war ein  
Artikel des „Vorwärts“ aus der Weihnachtsnummer des Jahres 1923  
angegriffen, in dem unter Bezugnahme auf Vorgänge in Sachen  
über die Reichswehr gesprochen wurde. Der Einstellungsbe-  
schluß des Reichsgerichts ist das nicht sehr rühmliche Ende eines  
Verfahrens, das dem Ansehen Deutschlands zweifel-  
los im höchsten Grade abträglich gewesen ist. Der ver-  
dächtige Eifer, mit dem der Reichswehrminister Dr. Seeber  
gegen andere Zeitungen, so auch gegen den „Vorwärts“ ein Lan-  
desverratsverfahren beantragte, hat zweifellos im Ausland den Glauben  
an die Richtigkeit der Betuerungen des Reichswehrministers über  
die absolute Loyalität der Reichswehr nicht verstärken können. Die  
Einstellung, die glücklich nach einem Jahre erfolgt, kann den pein-

lichen Eindruck nicht überwinden, der durch diesen Lieberherr im  
Staat und Ausland erzielt werden mußte. Uebrigens schwebt gegen den  
„Vorwärts“ noch ein weiteres Landesverratsverfahren, weil wir uns  
erlaubt haben, den sehr interessanten Brief eines Hitler-  
Offiziers über die Vorgänge in der Reichswehr des November  
1923 zu veröffentlichen. Wir würden uns sehr freuen, wenn man  
uns wenigstens hier Gelegenheit gäbe, den Landesverratsantrag ge-  
wisser amtlicher Stellen gründlich zu zerlegen.

## Thüringer Wahlergebnisse.

### Schwache Wahlbeteiligung.

Weimar, 23. Februar. (W.B.). Die gestrigen Kreiswahlen im  
Lande Thüringen haben, soweit bisher bekannt, die folgenden Er-  
gebnisse gehabt:

Landkreis Arnstadt: Sozialdemokraten 10 831, Kommunisten 7093,  
bürgerlich-wirtschaftliche Vereinigung 15 575 Stimmen. Die  
sozialistische-kommunistische Mehrheit im Kreisrat bleibt bestehen.

Kreis Sonneberg: Gewählt sind 6 Bürgerliche, 5 Sozialdemo-  
kraten, 2 Kommunisten.

Kreis Meiningen: (Einige kleine Ortschaften stehen noch aus, die  
aber am Endresultat nichts ändern werden): Gewählt sind Land-  
bund 4, Sozialdemokraten 5, Deutschnationale 1, Deutsche Volks-  
partei 3, Kommunisten 1 und Wirtschaftspartei 1.

Kreis Gotha: Gewählt: Sozialdemokraten 4, Kommunisten 1, bürger-  
lich-wirtschaftliche Vereinigung 3, Bauernbund 4; bisher: Bürger-  
liche 7, Wirtschaftspartei 6.

Landkreis Altenburg: Gewählt sind: Sozialdemokraten 7, Ver-  
einigte bürgerliche Liste 6, Demokratische Partei 1, Kommunisten 1.  
Landkreis Gera: Als gewählt gelten: bürgerliche Vereinigung 3,  
Landbund 5, Mittelstandsliste 1, Sozialdemokraten 4, Kommu-  
nisten 0.

Kreis Roda: Bürgerlicher Einheitsblock 9, Sozialdemokraten 4,  
Kommunisten 1.

Landkreis Weimar: Vorläufiges Gesamtergebnis (einige kleinere  
Ortschaften stehen noch aus): Vorauswählt sind Bürgerlicher  
Einheitsblock 8-9, Sozialdemokraten 3, Kommunisten 1 und die mit-  
einander verbundene Mehrheits- und unpolitische wirtschaftliche Ver-  
einigung 1 bis 2 Mandate.

Kreisabteilung Sömmerda am der Saale: Gewählt sind: Sozial-  
demokraten 2, vereinigte wirtschaftliche Gruppe 3, Kommunisten 1,  
Landbund 7, Gruppe Schwarzweihrot (Deutschnational) 2.

Die Thüringer Kreis- und Gemeinderatswahlen standen unter  
dem Zeichen einer äußerst schwachen Wahlbeteiligung. Sie betrug  
in einigen Ortschaften nur 50 Proz. und noch weniger. Alle Parteien  
ohne Ausnahme haben darunter mehr oder weniger gelitten.  
Während die bürgerlichen Parteien z. B. in Weimar bei den  
Reichstagswahlen, die jetzt zum Vergleich herangezogen werden,  
rund 13 300 Stimmen aufbrachten, konnten sie diesmal nur 7824 auf  
sich vereinigen. Im gleichen Verhältnis sind auch die Stimmen der  
Sozialdemokratie von 5885 auf 3832 zurückgegangen. In Weimar  
erlitten die Linksparteien gegenüber der letzten Reichstagswahl einen  
Stimmenerlust von 16 Proz., während die bürgerlichen Parteien  
29 Proz. der früheren Stimmen einbüßten. Auch in Eisenach  
läßt sich ein zahlenmäßiger Rückgang der Partei prozentual fest-  
stellen, während sich in anderen Orten die sozialdemokratischen Stim-  
men im Vergleich zu der Wahl vom 7. Dezember vermehrten. So  
werden z. B. im Altenburger Stadtrat in Zukunft 17 Sozial-  
demokraten und 1 Kommunist dem vereinigten Bürgertum in Stärke  
von 17 Mitgliedern und 2 Demokraten gegenüberstehen. Im Stadt-  
rat und Kreisrat von Neustadt bleibt die sozialdemokratische bzw.  
sozialdemokratisch-kommunistische Einsamkeit bestehen, 15 200  
sozialistische Stimmen stehen hier 12 357 bürgerlichen, 4788 demo-  
kratischen und 2044 kommunistischen Stimmen gegenüber.

Es kennzeichnet nur die Verlogenheit der Reichspresse, wenn sie  
trotz den klaren Tatsachen von einem „Siege“ spricht. Viel eher hätte  
die Sozialdemokratie hierzu Anlaß, denn sie hat trotz der Bartha-  
tische und der unendlichen Verleumdungen gegen sie ihre bisherige  
Stimmzahl liberal mit ganz geringen Ausnahmen behauptet.  
Alle Lügen und selbst die verleumdenden Artikel des Herrn  
Müller-Brandenburg — um den wir das Bürgertum nicht  
beneiden — gegen die Sozialdemokratie haben die Stellung unserer  
Partei in Thüringen nicht zu erschüttern vermocht. Die thüringischen  
Parteilogen haben am Sonntag ihren Mann gestanden, und dafür  
gebührt ihnen der Dank der ganzen Partei.

## Ein Kind ist zu verschenken.

Von Hans Riel.

Was wissen wir, wieviel unser Kopf voll ist von Bürgerblock,  
Reparationskonto, Steuernotorordnung, Theaterpremiere und  
jüngster Literatur. Gerade deshalb wissen wir nichts. Immer be-  
gehrt zu erfahren, was in der großen Welt vorgeht, stolpern wir  
blind an der kleinen vorüber.

Armes junges Mädchen wünscht ihr neugeborenes  
niedliches Kindchen zu verschenken ohne gegenseitige  
Vergütung. Offerten unter . . .

Für das Schicksalssternogramm dieses winzigen Dreizehntromans  
bestehen wir Eiligen kein ausnahmsfähiges Organ. Diese Abzür-  
gen sind nur mit der Phantasie zu erfassen. Mit solch konzentrierten  
Tatsachen aus der Gefühlssphäre können wir nichts anfangen. Der  
Roman, der Film, das Theaterstück haben uns dazu verdorben. Das  
Schicksal eines Kindes in drei Akten oder auf 300 Seiten — ja; aber  
bei drei Interaktoren haben wir nicht die nötigen Gefühlslinien,  
um solchen Extrakt auszufüllen, und gehen vorüber.

Wir gehen vorüber, wieviel uns jemand etwas schenken will.  
Ein Wirtstrenner einer Wirtstrennen. Diese Angelegenheit spielt  
sich wirklich unter Wirten ab. Obwohl ich damit nicht logen  
möchte, daß die Bolato- oder die Riffstabenmütter alle Tage auf  
diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ihre Kinder verschenken.  
Das ist eine zivilisierte Angelegenheit, und der tägliche  
Offerte in Markt angebotener Kleinlinder ist ständig im Wachsen.  
Die Wohlstandstendenzen sehen gar nicht hin; sie verachten die Wirtin,  
die ihre Kinder verkaufen oder gar verschicken. Verschicken, das ist  
für den korrekten Phariseerverstand wohl noch das Schlimmere; denn  
der naive Glaube, daß jemand ein Kind geschenkt nimmt, setzt Güte  
voraus. Und von diesem Anspruch auf Güte fühlen sich alle jene  
getroffen, die keine besitzen. Ich glaube, die Annahme dieses Ge-  
schentes wird mit eifrigem Schweigen abgelehnt werden.

Berufsmäßige Adoptivkinder fremder Kinder nehmen alles  
andere geschenkt, nur nicht Kinder. Sie nehmen die Kinder als laßige  
Belagade mit, wenn man den Abfindungspreis (auch „Erziehung-  
beitrag“ genannt) bar auf den Tisch zählt. Auf diesem Handelsgebiet  
herrscht der feisame Brauch, daß der Käufer nicht nur die Ware, son-  
dern auch den Kaufpreis erhält.

Ob das Kind eines Tages wissen wird, daß es einmal auf  
offenem Markt an die Reißbretenden der Herzengüte veräußert  
wurde? Über es hat sich — zum ersten, zum zweiten, und zum  
drittenmal — keiner gemeldet. Und wahrscheinlich wird das grau-  
samen Märchen mit einem Polizeibericht enden.

Wenn aber das Kind mit dem Leben davontrommt, sollte man  
ihm späterhin das Märchen seiner ersten Kindheit erzählen: . . . und  
als die Beute hörten, daß ein niedliches Kindchen zu verschenken

sei, da kamen sie in heißen Scharen gelaufen und riefen: Nicht ge-  
schenkt! . . . Wir zahlen bar! Und sie überhäufelten ihrerseits die  
Mutter mit Soutis Gaben, nur um zu verhindern, daß eine Mutter  
ihre Kinder verschende, und da überlegte sie sich's und sagte: Nun  
behalte ich es erst recht!

Wölfe, die einen Zug anfassen. Die Sandgebiete Russlands und  
besonders des nördlichen Rußland sind jetzt von wilden Tieren und  
hauptsächlich von Wölfen schwer geplagt. Es gibt Dörfer und kleine  
Städte, die geradezu unzugänglich sind, weil die ringsherum lauerten  
Wolfsheerden eine beständige Gefahr für die Reisenden bedeuten. Die  
Rigier Blätter melden, daß im nördlichen Rußland viele Menschen  
von Wölfen und Bären getötet und gefressen worden. Die Verteilung  
unter dem Vieh sind außerordentlich groß und gehen in die Tausende.  
Kürzlich griffen Wölfe einen Zug, der Schweine führte, in der Nähe  
von Jizmits an. Die Wölfe brachen in die Wagen ein, bevor Hilfe  
geholt werden konnte, und töteten sämtliche Schweine. Erst als man  
die Bauern der Umgegend aufbot, die mit Waffen und Äxten herbei-  
eilten, konnte man die Bestien vertreiben. Vor dem Krieg war die  
„Wolfsjagd mit dem säugenden Schwein“ ein beliebter Sport in Ruß-  
land. Besondere Schichten, die eine Schutzwehr von Stacheln  
hatten, wurden dabei verwendet. Hier oder fünf Jäger, mit Geweh-  
ren, Revolvern und Maschinenengewehren ausgerüstet, bestiegen diesen  
Schlitten und benutzten eine Leitrolle in Gestalt eines Schweins als  
Röder. Dies „Schwein“ schleppte man hinter dem Schlitten her, bei der  
Fahrt durch die Wälder, in denen die Wollrudel heulten. Und wenn  
sie dann in Massen hinterherjagten, wurde das Feuer auf sie eröffnet,  
und sie wurden zu Hunderten erlegt. Die getöteten Tiere zu sammeln,  
war freilich meist unmöglich, denn sie wurden von ihren Geschlechtern  
aufgefressen. Heutzutage darf niemand in Rußland Feuerwaffen  
tragen, und die Sportlust hat sehr nachgelassen. Daher hat sich die  
Wolfsplage außerordentlich gesteigert.

Eine Spinne, die Fische jagt. In Südafrika lebt eine Spinne,  
an der man die eigenartige Beobachtung machen kann, daß sie Fische  
fängt. Man würde auf das Tier, das der Spinnengattung Thalassius  
spencere angehört, dadurch aufmerksam, als man ein Exemplar, das  
in räumlicher Weise in ein mit kleinen Fischen besetztes Aquarium  
gelangt war, dabei übertraf, als es an einem Fisch fraß, der kurz  
zuvor noch frisch und munter gewesen war. Die Spinne ist nicht  
groß, allein ihre Beine sind sehr lang und außerordentlich kräftig,  
und mit Hilfe ihrer Beine gelangt es ihr auch, Fische zu überwinden,  
wobei sie folgendermaßen zu Werke geht: Sie legt sich auf eine feste  
Unterlage, etwa einen Stein, in der Weise, daß sechs ihrer langen  
Beine ausgestreckt auf dem Wasser liegen, ohne aber die Rufe des  
Wasserspiegels durch eine Bewegung zu stören. Da sie sich vollständig  
ruhig verhält, schwimmen die Fische ganz in ihre Nähe, sobald aber  
einer in ihr Bereich gelangt, d. h. gerade unter ihre ausgestreckten  
Beine kommt, so taucht die Spinne plötzlich unter; gleichzeitig legen  
sie sich mit einem kräftigen Auf ihre Beine rund um den Fisch und  
halten ihn fest. Dann schleppt sie die Beute, die sich den sie umschlin-  
genden Fangarmen nicht mehr entwinden kann, ins Trockene und  
verzehrt sie langsam.

Das Spinnen fällt oft an größere Tiere wegen und sie in der Tat  
bewältigen, ist ja bekannt, daß z. B. die südamerikanische Vogelspinne

sogar keine Bogen und Kröten frist. Als Fischebrüter dürfte die  
genannte Thalassia-Art aber wohl einzig und allein in Betracht  
kommen.

Der Fund eines ganzen Mammut-Skeletts. Wie aus Moskau  
gemeldet wird, ist ein vollständiges Skelett eines Mammuts im besten  
Erhaltungszustand an den Ufern des Angara-Flusses in Sibirien ge-  
funden worden. Die Moskauer Akademie der Wissenschaften hat eine  
eigene Expedition an die Fundstelle geschickt, damit das kostbare  
Fossil sorgfältig geborgen wird. Während einzelne Knochen des  
Mammuts, des vorgeschichtlichen Riesenelefanten, überall in Europa  
gefunden worden sind, ist doch die Hauptfundstätte dieser Fossilien  
Sibirien, von wo sogar ein Ausfuhrhandel mit Mammutelsteln  
nach China und Westeuropa betrieben wurde. Hier allein sind auch  
vollständige, vorzüglich erhaltene Skelette gefunden worden. Der  
letzte derartige Fund war der von 1901 an den Ufern des Kolyma-  
Flusses in der Nähe von Irtutsk. Der Angara-Fluß geht bei Irkutsk,  
der Hauptstadt des östlichen Sibiriens, in der Nähe der Nordgrenze von  
China in den Baital-See.

Die Zahl der Juden in Polen. Die Zahl der Juden, die in den  
zum heutigen polnischen Staat vereinigten Gebieten wohnen, hat seit  
der Zeit vor dem Kriege durch Auswanderung bedeutend abge-  
nommen. Sie werden auf Grund der neuesten Zählung auf 2 800 000  
geschätzt. Mit der Bevölkerungsziffer Polens verglichen, die sich auf  
27 Millionen beläuft, würde somit der Prozentsatz der jüdischen Be-  
völkerung 10,3 Proz. betragen, nicht, wie man bisher gewöhnlich  
annah, 12 bis 15 Proz. Gegenüber dem Vorkriegsstand hätte sich  
die jüdische Bevölkerung im Gebiet des heutigen Polen  
während des letzten Jahrzehnts somit um mehr als eine Million  
Köpfe verringert.

Das Spiel des Herrfeld-Theaters. Das für den 5. d. M. im  
Kessler-Theater anständigt, mußte infolge eines Zwischenfalls unter-  
brochen werden. Es wird im Antiken Theater, Kolonnenstr. 6, aufgeführt.  
Es wird es Sonnabend mit dem Titel „Wer ist der Vater?“

Ein neues Tuberkulosemittel. Nach der „Reinhold'schen Zeitung“ hat  
der dortige Arzt Dr. Kurt Beder an der Universitätsklinik ein neues Ver-  
fahren der Tuberkulosebehandlung ausgearbeitet und überaus gute Er-  
gebnisse erzielt. Das Verfahren beruht auf Behandlung der Tuberkulose-  
herde durch inoffiziellen Milchsaft. An Säuglingen und schwachen Fällen  
ist ein Rückgang der Tuberkuloseherde bis zur Beseitigung und weit-  
gehende Besserung des Allgemeinbefindens erzielt worden.

Ein klassisches Nalonal Drama. Das Drama „Wolken und die Kreuz-  
ritter“, das am 16. Februar, dem tausendsten Nationalfeiertage in Rom  
zu Aufführung gelangte, ist vom Publikum mit begeistertem Beifall aus-  
genommen worden und sein Erscheinen, der Dichter Wolken, hat das all-  
gemeine Interesse auf sich gelenkt. Der Held der Dichtung ist der italie-  
nische Großfürst Viktor, der als Vorbild für das italie-  
nische Einheitsgedanken-  
all. Ein gewisser politischer Hintergrund ist bei diesem Drama un-  
verkennbar, weil der Hirt mit Helena im Mittelstand steht und das Ver-  
derben eines antiques Götzenbildes in Polen sehr nahe ist.

Diebstahl eines wertvollen Gemäldes. Aus dem Palazzo Riccardi  
in Rom ist ein wertvolles Gemälde gestohlen worden. Es  
handelt sich um ein kleines Ölgemälde des Parthenonmalers  
Ailars, 30x20,5 cm groß, die Madonna darstellend. Der Täter hat,  
um die Einbrecher zu erlangen, den Koffler gebrochen, einen Teil mit der  
Kassette „zu Arbeitszwecken fortgenommen“ angestrichen.

## Der Wahlausfall in Nowawes.

Die Stadtverordnetenwahl in Nowawes, über die wir in unserer gestrigen Abendausgabe bereits ausführlich berichtet haben, bietet ein ähnliches Bild, wie wir es auch bei den anderen Wahlen uns jüngster Zeit sehen. Es herrscht eine allgemeine Wahlmüdigkeit, unter der sämtliche Parteien zu leiden haben. Allerdings war auch früher schon die Beteiligung an kommunalen Wahlen geringer als an allgemeinen Wahlen. Seit den Wahlen vom 4. Mai 1921 hat die Sozialdemokratie in Nowawes eine erhebliche Stimmenzunahme erzielt. Vergleicht man die Stimmzahlen aber mit dem 7. Dezember, so ergibt sich bei allen Parteien ein Rückgang. Am geringsten war er verhältnismäßig bei der Sozialdemokratie, nämlich 13 Proz. der Stimmzahl vom 7. Dezember, dagegen betrug der Rückgang bei den Kommunisten 28 Proz. (also doppelt so viel) und beim Rechtsblock 20 Proz. Der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an der Gesamtstimmzahl ist seit dem 7. Dezember noch gestiegen, nämlich von 38,5 auf 40 Proz. und bei den Demokraten von 6,1 auf 7 Proz. Bei den Kommunisten ging er zurück von 11,7 auf 10 Proz., beim Bürgerblock von 43,6 auf 42 Proz.

Das Verleumdungsgeschrei, mit dem die Sozialdemokratie seit einiger Zeit von den Kommunisten in Gemeinschaft mit den Rechtsparteien überschüttet wird, hat unsere Stellung also nicht im geringsten zu erschüttern vermocht. Dagegen ist die Schär der Indifferenten angewachsen und den Schaden davon haben diejenigen Parteien, die den politischen Kampf nur noch mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung zu führen imstande sind. Unsere Genossen werden daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß sie mit noch größerer Energie als bisher die notwendige Aufklärung unter die Massen tragen müssen. Die arbeitende Bevölkerung muß erkennen, daß sich hinter der „Barmat“-Parole der Versuch der Reaktion verbirgt, die Verhältnisse aus der wihelmischen Zeit wiederherzustellen.

## Die Hessische Krise.

Vor der Auflösung?

Darmstadt, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Je länger die hessische Regierungskrise dauert, desto komplizierter wird sie. Die Versuche des Zentrums und der Demokraten, die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern, sind gescheitert. Die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund haben jetzt gemeinsam beantragt, die hessische Verfassung dahin zu ändern, daß eine einfache Mehrheit beschließen kann, den Landtag aufzulösen. Weiterhin haben diese beiden Parteien an den Landtagspräsidenten das Ersuchen gerichtet, das Plenum des Landtags sofort einzuberufen. Diesem Ersuchen wird der Landtagspräsident nicht stattgeben können, da nicht das verfassungsmäßige Drittel der Abgeordneten hinter diesem Ersuchen steht. Die einzige Partei, die während der Regierungskrise eine klare Linie einnimmt, ist die Sozialdemokratie. Sie stand von Anfang an auf dem Standpunkt, an der Weimarer Koalition, die über eine ausreichende Mehrheit verfügt, festzuhalten. In einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses wurde folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen:

Der Bundesvorstand und Bundesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Hessens erklärt sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Frage der hessischen Regierungsveränderung voll und ganz einverstanden. Einmütig und geschlossen steht die ganze Sozialdemokratische Partei Hessens der derzeitigen Ablehnung einer großen Koalition. Die Haltung der Deutschen Volkspartei im Reichstag und im Preussischen Landtag schließt ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit dieser Partei im hessischen Landtag aus. Die Sozialdemokratische Partei ist nach wie vor bereit, mit den Parteien der Weimarer Koalition, wie in den zurückliegenden sechs Jahren, so auch in der Zukunft eine durch den Willen des hessischen Volkes am 7. Dezember 1924 geschaffene tragfähige Regierung zu bilden. Zu einer Abänderung der hessischen Verfassung liegt für die Sozialdemokratische Partei Hessens keine Veranlassung vor.

Am Montag nahm die Fraktion des Zentrums Stellung zu der Regierungsbildung, und am Dienstag will der Auktentrat zusammenzutreten. Es bleibt jetzt zur Lösung der Regierungskrise nur noch der Weg, entweder zurückzuführen zur Weimarer Koalition oder die Auflösung des Landtags zu beschließen.

## Auch Ruth reinigt...

Sinauwurf alter Kommunisten im Rheinland.

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Vor einiger Zeit veröffentlichte Sie einen Brief des Kommunisten Ernst Graul, der den Führern der KPD in Rheinland Betrug, Unterschlagung, Diebstahl usw. vorwarf. Daraus sandte Graul auf Befehl der KPD eine „Berichtigung“ an die Presse, in der er bestritt, einen solchen Beruf geschrieben zu haben. Diese Berichtigung war bewußt erlogen. Der Brief existiert, und die Anlagen Grauls sind zu Recht erfolgt. Deshalb große Entrüstung in der KPD, die ihre Opfer verlangte. Falsch wäre es jedoch, zu glauben, daß die Beschuldigten, d. h. die Abgeordneten Schütz, Artur König, Kollwitz und die übrigen „Lumpenproletarier“, „Diebe“, „Betrüger“ und „Lügner“ — das alles sind die kommunistischen Führer nach dem Zeugnis ihrer eigenen Parteigenossen — den Angriffen zum Opfer gefallen wären. Weit gefehlt! Sowie die „maßgebenden Männer“ merkten, daß die Opposition gegen sie in der Partei wuchs, erschien Ruth Fischer im Ruhrgebiet: man berief eine Parteikonferenz ein, und das „Abschlachten“ begann. Schon vor der Konferenz war das Stichwort vom „Ruhr-Echo“, dem in Essen erscheinenden Organ der KPD, gegeben worden. In dem Begrüßungsmittel für die Bezirkskonferenz hieß es:

„Hinweg mit den Unterministern, die durch Sabotage, Verbreitung von Unwahrheiten, die die Partei von innen zu untergraben suchen... Klar muß Stellung genommen werden zu den Elementen, die durch fraktionelle Wühlerien die Arbeitstätigkeit der Parteimitglieder lähmen, und so unsere Organisation unserer Klassenfeinde ausliefern.“

Das war deutlich. Wer mit der Korruption und dem Sumpf nicht zufrieden ist, der steigt. Allen voran slog denn auch Ernst Graul, der geglaubt hatte, durch seine falsche Berichtigung sich und seine Parteistellung zu halten. Damit gab man sich indessen nicht zufrieden, sondern man „reignigte“ weiter. Man entfernte einige der hervorragendsten KPD-Funktionäre, die gegen den Sumpf anzukämpfen versucht hatten, und zwar die in Essen führenden Johann Eckardt, Richard Hennings u. a.

Wegen Notwehr gegen Faschisten freigesprochen. Das Bräuseler Berufsgericht sprach den hessischen Nationalisten Demman frei, der von den Geschworenen zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er bei einer Demonstration einen Faschisten erschossen hatte. Die Berufungsinstanz erkannte ihm berechnete Notwehr zu. Zwischen dem ersten und zweiten Urteil entfalteten die Faschisten eine starke Volksbewegung zugunsten Demmans. Eine öffentliche Sammlung für seine Familie ergab 150 000 Franken.

# Der Haushalt für die Kriegslasten.

Die Ruhrmillionen im Etat.

Was der Krieg dem deutschen Volk unmittelbar an Auslagen und Leistungen seit dem Waffenstillstand jährlich gekostet hat, zeigen mit einem Blick die Spezial-etats für die Ausführung des Friedensvertrags, die von 1920 bis 1924 aufgestellt worden sind. Für das Etatsjahr 1925 tritt an die Stelle dieser Spezial-etats der Spezialhaushalt für die Kriegslasten, der infolge des Londoner Abkommens und des Sachverständigengutachtens eine grundlegende Umgestaltung gegenüber den Etats für die Ausführung des Friedensvertrags erfahren hat.

Ein großer Teil der Ausgaben ist in Zukunft aus der Jahresleistung Deutschlands nach dem Plan der Sachverständigen (Annuität) zu bestreiten; hierher gehören alle Kosten des Reichs, der Länder und der Gemeinden den Ententemächten und ihren Staatsangehörigen gegenüber, die aus dem Kriege, insbesondere infolge von Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles einschließlich aller ergänzender Abkommen entstehen oder entstehen sind. Da das Sachverständigengutachten am 1. September 1924 in Kraft getreten ist, bezieht sich diese Regelung auf alle Lieferungen oder Zahlungen nach dem 1. September 1924. Es sind also aus den einzelnen für die kommenden Jahre festgelegten Summen der Annuitäten für das Etatsjahr 1924:  $\frac{7}{12}$  (September 1924 bis März 1925), für das Etatsjahr 1925:  $\frac{5}{12}$  (April bis September) nachzuweisen.

Der Haushalt für die Kriegslasten und die Ausgabenansätze sind nun derart neu geordnet, daß die vom Reich weiter zu leistenden „inneren“ Ausgaben im wesentlichen im ordentlichen Haushalt, die Ausgaben auf Grund des Sachverständigengutachtens in außerordentlichen Haushalten nachgewiesen sind.

Nach Teil I, Abschnitt XII des Sachverständigengutachtens betragen die vertraglichen Zahlungen im ersten Jahre, also vom 1. September 1924 bis 31. August 1925:

Aus äußerer Anleihe	800 Mill. RM.
Zinsen von Eisenbahnbondobligationen	200
<b>zusammen</b>	<b>1000 Mill. RM.</b>

<b>Im zweiten Jahre:</b>	
Zinsen von Eisenbahnbondobligationen	595 Mill. RM.
aus Zinsen der Industriebondobligationen	125
aus der Beförderungsteuer	250
aus dem Reichshaushalt, herrührend aus dem Verkauf von Eisenbahn-Vorzugsaktien	250
<b>zusammen</b>	<b>1220 Mill. RM.</b>

Diese Zahlungen sind in der angegebenen Weise auf die beiden Etatsjahre zu verteilen. In diesen Jahressummen sind alle von Deutschland zu leistenden Zahlungen einschließlich der Kosten für die Befahrung und die zahlreichen Ententekommissionen enthalten, was bisher nicht der Fall war. Es wird dadurch ein erheblicher finanzieller Druck auf die Ententemächte ausgeübt, die Kosten der Befahrung und der Kommissionen zu vermindern, um so die für die allgemeine Ausschüttung verfügbaren Summen zu erhöhen, und Deutschland wird in die Lage versetzt, in den ersten Jahren geringere Lasten übernehmen zu müssen als bisher. Um welche Summen es sich allein bei den Befahrungskosten handelt, geht daraus hervor, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand bis Ende Dezember 1923 52 Milliarden Goldmark für die Befahrungstruppen aufzubringen hatte. Hierzu treten noch die im Spezial-etat 1924 für den gleichen Zweck angeforderten Beträge von rund 305 Millionen Goldmark.

In engster Beziehung zu den Annuitäten steht die gleichfalls auf Grund des Sachverständigengutachtens erfolgte Verpfändung der Einnahmen aus Zöllen, dem Branntweinmonopol und den Steuern auf Tabak, Zucker und Bier im Gesamtbetrag von 1 017 000 000 Reichsmark. Diese Verpfändung tritt nur in Wirksamkeit, wenn und soweit die anderen Zahlungen der Annuitäten nicht oder nicht in dem festgelegten Aus-

maß geleistet werden. Da nun, wie oben angegeben, in den beiden ersten Jahren des Laufes des Sachverständigengutachtens aus Mitteln des Reichshaushalts nichts zu zahlen ist — darin besteht die vielbesprochene Tempause —, so besteht keine Befürchtung, daß der Agent für Reparationszahlungen Anspruch auf die verpfändeten Summen oder einen Teil derselben erheben könnte. Sie sind daher im Etat 1925 nur als durchlaufender Posten in Ausgabe und Einnahme vor der Linie aufgeführt.

Außerhalb der Annuitäten werden an fortbauenden „inneren“ Ausgaben in 1925 verlangt an Kostandsbeihilfen für verdrängte Beamte und Angestellte, an Zahlungen auf Grund der Gewalttätigkeitenverordnung vom 28. Oktober 1923, an Zuschüssen an Länder und Gemeinden für verdrängte Staatsbeamte und ähnliche Verpflichtungen insgesamt 145 481 000 Reichsmark.

Des ferneren wird außerhalb der Annuitäten noch für Schuldverpflichtungen des Deutschen Reichs, insbesondere auf Reparationsachleistungen, ein Betrag von 142 718 000 Goldmark angefordert. Diese Ausgabe wird entstehen durch Einlösung fälliger Abschnitte, von Reichsschahanweisungen einschließlich Zinsen, die infolge der Unmöglichkeit des Reichs, in bar zu zahlen, ausgegeben sind für Reparationsachleistungen vor dem 1. September 1924, für Reparationszinsleistungen anlässlich der Ruhrbefahrung, für Rücklieferung von Kriegsgeschütz. Nach der Denkschrift handelt es sich hier um Ausgaben, die auf Grund bereits ausgegebener Wechsel zwangsläufig in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 entstehen.

Aus der Spezifikation des genannten Betrages in den Erläuterungen geht hervor, daß für „Reparationszinsleistungen anlässlich der Ruhrbefahrung“ 100 Millionen Reichsmark vorgezogen sind. „Reparationsleistungen anlässlich der Ruhrbefahrung“ sind das, was man gemeinhin kurzerhand als „Rucum-Kosten“ bezeichnet. Dieser ganz verdeckt aufgeführte Anseh von 100 Millionen ist der einzige Posten, der sich bezüglich der Entschädigung der Ruhrindustrie für die Rucum-Kosten im Etat findet. Die übrigen an die großen Industriebaronen gezahlten 600 Millionen Mark sind aus dem Etat nicht ersichtlich, sind nicht etabliert, und wenn der ungeheuerliche 700-Millionen-Standal nicht auf andere Weise bekanntgemacht wäre — aus dem Etat wäre er nicht hervorgegangen. Der Etat weist zwar jede beschäftigte Schauerfrau nach, schweigt sich aber über diesen größten aller Zahlungsposten vollkommen aus! Allein auch bezüglich des ausgeführten kleinen Teilbetrages von 100 Millionen Mark wird nicht ordnungsmäßig durch den Haushaltsplan die Bewilligung nachgefragt, sondern es wird ausdrücklich betont, daß die Bewilligung „zwangsläufig“ zu erfolgen habe. Es seien eben Wechsel ausgegeben worden, die am Fälligkeitstermin eingelöst werden mußten. Ganz abgesehen von der Art der Verwendung solcher ungeheurer Summen, ist daher schon die Heimlichkeit, mit der ohne die Kenntnis des Parlamentes die größten Beträge ausgegeben werden, ein Standal, den kein Parlament sich gefallen lassen darf, das sein Budgetrecht hochzuhalten beflissen ist.

## Die Eingänge aus dem Dawes-Plan.

Bericht des Reparationsagenten.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Agent für die Reparationszahlungen Gilbert gibt über den Stand der Eingänge aus dem Dawes-Plan für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1924 bekannt. Danach sind im ganzen 895 Millionen Goldmark eingegangen. Davon entfielen 535 Millionen auf die deutsche auswärtige Anleihe und 10 Millionen auf die Lieferungen von Kohle an Belgien und Litauen, soweit diese über die Reparationsmenge hinausgehen. Den aktivierten Währungen ist ein Betrag von 381 Goldmark überwiesen worden, jedoch sich der für Rechnung des Reparationsagenten bei der Reichsbank verbleibende Betrag auf 14 Millionen Goldmark beläuft.

## „Reiniger“ Deutschlands.

Bruhn „berichtigt“.

Von dem „Reiniger“ Deutschlands, Wilhelm Bruhn, W. d. R., erhalten wir folgende Berichtigung:

1. Es ist un wahr, daß Dahlet im Jahre 1909 Redakteur der „Wahrheit“ gewesen ist. Wahr ist vielmehr, daß er ebenso für eine ganze Anzahl von anderen Zeitungen auch für die „Wahrheit“ zu jener Zeit Artikel geschrieben hat.

2. Es ist un wahr, daß zwischen dem Cafetier Dreiwurst und mir ein Abkommen getroffen worden ist, nach dem Dreiwurst und dem Klub Berolina eine Zahlung von insgesamt 1000 Mark erhalten und diese für das Unterbleiben von Artikeln gegen diesen Klub in der „Wahrheit“ bezahllen sollte. Wahr ist vielmehr, daß Dreiwurst unter Eid ausgesagt hat, daß diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

3. Es ist un wahr, daß zwischen dem Inseratenchef der Firma Israel und mir ein Uebereinkommen getroffen worden ist, nach dem mir Geld zugewendet werden sollte, damit Artikel in der „Wahrheit“ gegen Israel unterbleiben. Wahr ist vielmehr, daß der Annoncenakquisiteur Sommer und der Inseratenchef Israels, Kovarra, sich befunden haben, daß ich überhaupt niemals mit Kovarra verhandelt habe. Ferner ist wahr, daß Sommer des weiteren unter Eid ausgesagt hat, daß ich von den Abmachungen, die er mit Kovarra getroffen habe, nichts gewußt habe und daß bei diesen Abmachungen über Aufnahme von Inseraten kein Wort über das Unterbleiben von Artikeln gesprochen worden ist.

4. Die vom Gericht als wahr unterstellten Behauptungen der Anträge des Rechtsanwalts Dr. Berthauer, daß Angriffe in der „Wahrheit“ auf bestimmte Personen unterblieben, wenn Inseratenaufträge gegeben worden seien und daß „Die Wahrheit“ in weiten Kreisen des Publikums als Bedrohung erachtet werde, sind denn in einer ausgedehnten Gerichtsverhandlung durch zahlreiche Zeugenausagen als un wahr erwiesen worden.

5. In dem in diesem Prozeß ergangenen Urteil der 1. Strafkammer des Landgerichts I Berlin vom 8. November 1910 ist festgestellt, daß „Die Wahrheit“ kein Revolverblatt ist.

Wilhelm Bruhn, W. d. R.

Ueber den Begriff des Revolverblatts unterhalten wir uns mit Bruhn nicht. Einwelsen begnügen wir uns mit der Feststellung, daß in der Angelegenheit seiner „Wahrheit“ zwei verschiedene Gerichtsurteile gefällt wurden, die sich widersprechen. Bruhn wird sich jedenfalls entsinnen können, daß das erste Urteil eine moralische Bestätigung durch den gesamten Reichstag erfuhr, indem, als der danach die Rednertribüne erstieg sämtliche Abgeordnete ohne Unterschied der Partei den Saal verließen. Oder will der „Wahrheit“-Bruhn das auch bestreiten?

Im übrigen: Wie kommt es, daß die Mehrzahl der Inserenten der „Wahrheit“ aus jüdischen Firmen besteht? Freiwillig werden diese jüdischen Geschäftsleute in einem antisemitischen Blatt wohl nicht inserieren. Will Bruhn bestreiten, daß den meisten seiner

Inserate heftige Angriffe vorausgegangen sind, die dann eingestellt wurden, als die Inseratenaufträge einliefen? Ausgerechnet Wilhelm Bruhn als „Reiniger“ Deutschlands!

## Die Opposition gegen Mussolini.

Eine Rede Turatis.

Rom, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Mailand fand am Sonntag eine Versammlung der Anhänger der Demokratischen Parteien in Italien statt, wobei außer dem bekannten Historiker Ferrero und anderen auch der Sozialist Turati eine innenpolitisch hochbedeutsame Rede hielt. Er erwähnte, daß bei gegebener Gelegenheit die Opposition des Avenin auch wieder an einer Kammerverhandlung teilnehmen könnte. Diese Aeußerung Turatis, die nur die Möglichkeit einer Teilnahme am Parlament erläuterte, aber ausdrücklich das tatsächliche Fernbleiben der Opposition betonte, wird von der faschistischen Presse aus dem Zusammenhang der Ausführungen gerissen und als Anzeichen der Unzulässigkeit innerhalb der Opposition gedeutet. Der Turati ausdrücklich auf die Uebereinstimmung seiner Ausführungen mit denen Giolittis hinwies, bedeutet seine Wendung gerade das Gegenteil der faschistischen Hoffnungen, nämlich die deutsche Einigkeit in den Anschauungen zwischen den Giolittianern und Sozialisten im Kampfe gegen den Faschismus. Als nach Schluß der Tagung Turati und der frühere Außenminister Graf Storza nach Hause gingen, wurden sie in der Galerie Umberto von Studenten belästigt, worauf faschistische Gruppen mit diesen in Schlägereien gerieten. Dabei erhielt auch Graf Storza einen Faustschlag. Er wurde später von Turati in die nahegelegene Wohnung gebracht.

## Die Flucht aus der R. D. Tsch.

Wag, 23. Februar. (W.B.) Der deutsch-böhmische Kommunist Warmbrunn, der aus der kommunistischen Partei ausgetreten ist, bezieht die kommunistische Parteileitung einer schwindelhaften Handhabung der Geschäftsordnung. Innerhalb der Parteileitung befinden sich bezahlte Spitzel des Prager Volkskongresspräsidenten. In Abgeordnetenzirkeln wird behauptet, daß noch fünf Abgeordnete aus der kommunistischen Partei austreten würden.

Eine geborene Säule. Staatsrat Ruffini in Bolde, einer der prominenten Politiker im bürgerlichen Lager der Schweiz, hat demissioniert. Gleichzeitig wurde ein Strafverfahren eingeleitet, da Ruffini sich an minderjährigen Baisemädchen vergangen hat, die seine Schutzbefohlenen waren.

Südslawische Ordnungshüter. Kroatischen Blättern zufolge sind auf die Intervention von einigen Abgeordneten der Regierungspartei hin die drei wegen des Ueberfalls auf den deutschen Abg. Dr. Kraft Verhafteten aus der Haft entlassen worden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitslosigkeit im Januar.

Nach der Stichzählung der wichtigeren Arbeitsnachweise wurden von 796 berichtenden Arbeitsnachweisen am 16. Januar 1924 144 männliche und 113 weibliche Arbeitsuchende gezählt bei 11 594 offenen Stellen für männliche und 18 996 für weibliche Arbeiter. Auf eine offene Stelle kamen 59,9 (im Dezember 59,2) männliche, 5,9 (8,8) weibliche Arbeitsuchende. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat also sehr stark zugenommen, während die der offenen Stellen sich nur für weibliche Arbeiter erheblich erhöhte. Für landwirtschaftliche Arbeiterinnen war wie gewöhnlich die Zahl der offenen Stellen (5091) größer als die der Arbeitsuchenden (3880). Sonst überwiegt die Zahl der Arbeitsuchenden in hohem Maße bei den männlichen Arbeitern der wichtigsten Berufsgruppen in riesigem Maße. So kamen in Land- und Forstwirtschaft 19 205 männliche Arbeitsuchende auf 3345 offene Stellen, im Bergbau ufm. 23 591 auf 845, Metallverarbeitung und Maschinenindustrie 114 046 auf 1761, Baugewerbe 62 873 auf 319, Lohnarbeit wechselnder Art 254 998 männlich, 25 458 weibliche Arbeitsuchende auf 1404 bzw. 866 offene Stellen. Kaufmännische und Bureauangestellte, Techniker und freie Berufe zählten 63 677 männliche, 21 137 weibliche Arbeitsuchende auf 1014 bzw. 1185 offene Stellen. Auch für häusliche Dienste waren nur 7493 Stellen für 23 912 weibliche Arbeitsuchende verfügbar.

Nach Gebieten wurden gezählt in Berlin 33 131 männliche und 15 238 weibliche Arbeitsuchende bei 434 männlichen und 1399 weiblichen offenen Stellen. Die Zahl der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung war am 15. Januar in Preußen: 333 035 männliche, 21 619 weibliche, zusammen 354 654 (im Dezember 277 000) Hauptunterstützungsempfänger und 497 367 (377 500) unterstützte Familienangehörige. Auf 1000 Einwohner kamen 9,8 (im Dezember 7,7) Hauptunterstützungsempfänger. In den Arbeiterfachverbänden wurden im Dezember 1924 bei 3 482 000 erfassten Mitgliedern von 42 Verbänden 8,1 Proz. (in den Vormonaten 7,3 — 8,4 — 10,5 — 12,4) Vollarbeitslose gezählt; von den männlichen Mitgliedern 8,8 (7,6), den weiblichen 5,5 (5,9) Proz. Das günstigste Verhältnis zeigten Betriebsfertigungsgewerbe mit 1,5, Bekleidungsindustrie mit 3,8, Spinnstoffgewerbe mit 4,3 Proz. Das ungünstigste Baugewerbe mit 20,4, Gärtnerei mit 11,7 Proz. Im Maschinenbau und Metallverarbeitung waren es 7,1, Holz- ufm. Gewerbe 6,2, Verkehrsgewerbe 6,9 Proz.

Die Zahl der Kurzarbeiter auf 100 Mitglieder war 6,5 (männliche 5,4, weibliche 9,5) gegen 7,5 und 12,2 in den Vormonaten. Am günstigsten stand das Betriebsfertigungsgewerbe mit 0,3, am ungünstigsten Lederindustrie mit 13,3 und Spinnstoffgewerbe mit 13,0. Im Maschinenbau- und Metallgewerbe waren es 9,0, im Holzgewerbe 3,2, Verkehrsgewerbe 1,5 Proz.

## Die Eisenbahner zur Befoldungsfrage.

Die Eisenbahnerorganisationen nahmen am Montag in einer gemeinsamen Sitzung erneut Stellung zu der ablehnenden Haltung der Reichsbahngesellschaft in der Befoldungsfrage. Sie kamen überein, gemeinsam mit den Spitzenorganisationen einen verstärkten Druck auszuüben, um die Reichsbahngesellschaft zu einer Verständigung zu bewegen.

Die Eisenbahnerorganisationen verteidigen sich im übrigen entschieden dagegen, daß die Reichsbahngesellschaft die Frage der Befoldungsverbesserung mit der Frage der allgemeinen Erhöhung der Tarife zu verquiden sucht.

## Verbindliche Entscheidung in der Holzindustrie.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlins faßte am 10. Februar einen Schiedsspruch, daß alle bestehenden Löhne und Akkordtarife sich um 8 Prozent erhöhen und somit ein Tariflohn von 86 Pfennige für Hocharbeiter gilt. Diesen Schiedsspruch lehnten die Arbeitgeber bestreuen ab, weil sie angeblich einen Zuschlag auf die bestehenden Löhne und Akkordtarife von 8 Prozent nicht zahlen können. Am gestrigen Montag fanden Verhandlungen über die Verbindlichkeit dieses Schiedsspruches beim Schlichter Groß-Berlins statt, der nachstehende verbindliche Entscheidung gefaßt hat:

Die Löhne der Fabrikarbeiter betragen 86 Pf. Alle bestehenden Akkordtarife erhöhen sich um 8 Prozent. Die Löhne bis zu 90 Prozent erhöhen sich gleichfalls um 8 Prozent. Die Löhne von 91 Pfennig bis 1 Mark erhöhen sich um 7 Prozent, die Löhne von 1 Mark und darüber werden um 6 Prozent erhöht. Im übrigen verbleibt es hinsichtlich der Akkordarbeit und der Zuschläge für Wildbauer bei den Bestimmungen des letzten Lohnabkommens.

Diese Entscheidung ist für beide Parteien rechtsverbindlich.

## Die Reichstatarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Im Gebäude des Reichsverbandes der Deutschen Bankleitungen begannen am Montag die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstatarifvertrages zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen auf der einen Seite, dem allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten, dem deutschen Bankbeamtenverein und dem Reichsverband der Kassendirektoren auf der anderen Seite. Der bestehende Reichstatarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe läuft am 31. März d. J. ab. Am Montag wurden nach fünfständiger Generaldebatte die weiteren Verhandlungen auf Freitag, den 27. Februar, vertagt.

## Zeitarbeiter bei der AEG.

In der AEG, Brunnenstraße, Maschinenlager, haben am Sonntag mittag 346 Maschinenpader und Lagerarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ebenso stehen 20 Kranfahrer in der Großmaschinenhalle des Werks Brunnenstraße im Ausstand.

## Der Streik der Berliner Böttcher.

Die am Sonntag im „Rosenhals Hof“ tagende außerordentliche Versammlung der Böttcher nahm zu dem gegenwärtigen Streik in der Dingeldey-Gruppe Stellung. Es wurde mit aller

## Holzarbeiter, zur Wahl!

Heute fällt die Entscheidung! Die Wahl ist in der Zeit von 4<sup>1/2</sup> bis 7 Uhr. Wählt die Vertretung der Richtung Amsterdam, die Liste 1!

Schärfe des Verhalten der tariffeindlichen Unternehmer und ihrer Scharfmacher gebrandmarkt.

Bezeichnend für die Einstellung der führenden Firmen ist folgender Brief der Fackfabrik J. Wördel-Spandau:

„Wir empfangen Ihre Zeilen vom 13. d. M. und entnehmen denselben den mitgeleiteten Tarifentwurf. Wir werden diesen Entwurf als Kuriosum aufheben, bedauern aber, auf den Inhalt desselben nicht weiter eingehen zu können, da es uns bei den heutigen angespannten Geschäftslagen wirklich nicht möglich ist, mit derartigen Scherzen unsere kostbare Zeit zu vergeuden.“

Hochachtungsvoll Fackfabrik J. Wördel-Spandau. Die Versammlung beschloß sofort eine großzügige Unterstützungsfaktion für die streikenden Kollegen, auch wurde mit Beifall angenommen, daß eine Reihe von Mitgliedern aus dem Reich ihre Unterstützung zugesagt haben. Die Versammelten waren darüber einig, daß der den Böttchern aufgezwungene Kampf unter allen Umständen bis zum siegreichen Ende weitergeführt wird.

## Zur Aussperrung in der Schuhfabrik G. Leiser Nachig.

Der Zentralverband der Schuhmacher, Drisoverwaltung Berlin, schreibt uns:

In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ vom 22. Februar ist eine Zuschrift der Firma G. Leiser Nachig veröffentlicht, welche die Aussperrung auf ein Mißverständnis zurückführt. Wenn dem so wäre, wäre es mindestens unlogisch, die Aussperrung noch länger aufrecht zu erhalten, denn bis heute besteht sie noch. Die Vorschläge der Firma wurden in der Versammlung der Aussperrten am Dienstag als unannehmbar abgelehnt. Verlangt doch die Firma die Beibehaltung der Leibensposition für einen erheblichen Prozentsatz der Belegschaft. Demgegenüber vertritt die Versammlung den Standpunkt, daß die Firma die Aussperrung rückgängig zu machen und im übrigen die zuständigen Instanzen anzurufen hat.

Die Behauptung der Firma, daß der gesamte Betriebsrat mit der Einführung der Angestelltenkontrolle einverstanden war, ist unzutreffend. Es besteht für die Zentrale und sämtliche Verkaufsstellen ein gemeinsamer Betriebsrat, für die Reparaturwerkstätte und Fabrik je ein besonderer Betriebsrat. Letzterer war niemals mit der Angestelltenkontrolle einverstanden, am allerwenigsten bei deren Einführung zu der Zeit der schwersten Krise für die Arbeiterschaft.

## Zum Angestelltenarbit in der Berliner Metallindustrie.

Am 19. Januar wurde zwischen dem BBRM und den tarifberechtigten Verbänden der in den Betrieben der Berliner Metallindustrie beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten ein neuer Manteltarif, daneben ein neues Gehaltsabkommen vereinbart. Die Auswirkungen dieser Vereinbarung haben zu einer so verschiedenartigen Auslegung geführt, daß es ongebracht erscheint, die wesentlichen Mißverständnisse der Verträge hier einmal grundsätzlich zu besprechen. Dies um so mehr, als dieser Vertrag etwa 75 000 Angestellte erfaßt.

Es wurde vereinbart, daß bei allen im Januar in irgendeinem Betriebe des BBRM beschäftigten Angestellten eine Erhöhung des Septembergehalts 1924 um 20 Proz. zu erfolgen hat. Dies unbeschadet des Umstandes, daß für die Gruppen 3 und 4 aller Angestellten ab 1. Januar 1923 nur ein Anfangsgehalt festgelegt ist. D. h., das Tarifgehalt des Angestellten, der im Januar bereits in einem BBRM-Betriebe tätig war, ist 20 Proz. höher als sein Septembergehalt. Im Gegensatz dazu sind die Gehälter neu in einen Betrieb des BBRM kommender Angestellten, die für die Gruppen 3 und 4 festgelegten besonderen sogenannten Leistungsgehälter, ungeachtet etwa zu beanpruchender Berufsalterzulagen. Es ist in diesen Fällen Sache des Angestellten, mit der ihn einstellenden Firma Leistungen über diese Mindestgehälter hinaus festzulegen.

Eine ganze Reihe von Unternehmungen ist in falscher Auslegung der Vereinbarungen dazu übergegangen, den Angestellten Einzelverträge vorzulegen, die zwar in der Endsumme den tariflichen Ansprüchen des Angestellten entsprechen, dagegen das sogenannte Mindestgehalt der Gruppen 3 und 4 als Tarifgehalt, den tarifmäßig zustehenden, über diese Höhe hinausgehenden Teile des Gehalts, als Leistungszulage vorsehen.

In allen diesen Fällen sind diese Einzelverträge, als gegen den Willen der beiden Tarifvertragsparteien verstoßend, abzuändern, auch in denen, wo bereits eine Zustimmung des Angestellten (Unterschrift des Vertrages) vorliegt. Entsprechend der gefälligen Festlegung der Unabdingbarkeit von Tarifverträgen sind solche, für den Angestellten ungünstigeren Vereinbarungen rechtsunwirksam. Der ZdM hat in einer Reihe von Fällen die Vertretung der betreffenden Angestellten übernommen, um in Verhandlungen mit dem BBRM, die hier entstandenen Mißverständnisse im Interesse der Angestellten auszuräumen.

Es wurde zwischen den Tarifparteien vereinbart, daß Kündigungen zum Zwecke einer Abänderung der Einzelverträge nicht stattfinden sollen. Auch hier haben einzelne Firmen in Vertennung der Vereinbarungen gegen diese verstoßen und einer Reihe von über die Tariffätze hinausbezahlten Angestellten die Stellung aufgelündigt, um mit ihnen Mindestgehälter zu vereinbaren. Auch in diesen Fällen strebt der ZdM eine Schlichtung der Angelegenheit durch Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation an. Die Angestellten tun gut daran, um solchen Differenzen von vornherein jede Schärfe zu nehmen, ihre Organisation mit der Klärung der vorhandenen Mißverständnisse, nur um solche kann es sich nach Lage der Sache handeln, zu beauftragen.

Es liegt dem ZdM daran, bald im Besitz der nötigen Einsprüche zu sein, um möglichst in einer Verhandlung eine grundsätzliche Klärung über alle vorliegenden Streitfälle zu schaffen. Es liegt im Interesse der Firmen des BBRM, wie auch im Interesse jedes Angestellten selbst, der Organisation schnellstens entsprechende Unterlagen zu unterbreiten, da die Vertragsparteien demnächst die Frage endgültig durch Verhandlungen zu klären beabsichtigen.

Da es bei dem Umfang der Verträge nicht möglich ist, allen etwa entstehenden Irrtümern von vornherein vorzubeugen, muß es Sache der Firma wie auch des Angestellten sein, über alle Streitfälle vorher die Meinung der Vertragsparteien, d. h. der Organisationen, einzuholen.

## Der Arbeitszeitstreit in der Ruhrbergbau verbindlich.

Bochum, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit, daß der am 5. Februar gefällte Schiedsspruch über die Ueberarbeit für den Ruhrbergbau laut Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 21. Februar für verbindlich erklärt wurde. In der Begründung heißt es:

„Der Schiedsspruch entspricht bei gerechter Abwägung der Belange beider Teile der Notwendigkeit. Die in ihm vorgesehene Regelung der Arbeitszeit ist im Hinblick auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Bergbaues ein unabweisbares Bedürfnis, um den Fortgang der Betriebe zu sichern und damit auch die Arbeiterschaft vor Not zu bewahren. Für die Arbeiterschaft ist diese Regelung um so eher brauchbar, als sie zeitlich annehmen begrenzt ist und schon am 1. März Erleichterungen für einige Arbeitnehmergruppen eintreten, die unter der bisherigen Regelung besonders schwer gelitten haben. Da in der Ruhrverhandlung am 16. Februar 1923 eine Verständigung der Tarifparteien nicht zu erreichen war, die Herstellung eines tariflichen Zustandes in der Arbeitszeitfrage aber aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist, mußte im Interesse der Allgemeinheit die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches ausgesprochen werden.“

Damit bleibt es bei dem bisherigen Abkommen, das für die Bergarbeiter unter Tage außer der siebenstündigen Arbeitszeit eine Stunde Ueberarbeit pro Schicht vorsieht. Für die über Tage Arbeitenden tritt eine Erleichterung infolgedessen ein, als mit dem 1. März das verwerfliche Dreischichtensystem fortfällt und so durch Wiedereinführung des Dreischichtensystems die achtstündige Arbeitszeit wenigstens für die Schwerarbeiter wieder eintritt. Die Unternehmer drohen mit Sanktionen, der Profosmachung eines Teils der Arbeiter, besonders in den Randbetrieben, wenn die siebenstündige Arbeitszeit unter Tage wieder herbeigeführt werde. Für die Bergleute unter Tage muß die siebenstündige Arbeitszeit wieder errungen werden.

## Drohender Bäckerstreik in Wien.

Wien, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadt Wien ist von einem großen Streik bedroht, der die Brotversorgung aufs ernste gefährden kann. Die Angestellten der Wiener Brotfabriken und Bäckereien haben beschlossen, den Unternehmern ein bis Donnerstag befristetes Ultimatum für die Bewilligung ihrer Lohnforderungen zu stellen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, zahlreich Groß-Berlin. Verhandlungen mit dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern am Mittwoch soll unsere Zahlungsverammlung am Freitag, den 27. Februar, stattfinden. Alle Delegierten haben die Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Um auch sofort der erlangten Mitgliedschaft Gelegenheit zu geben, ist zur neuen Situation zu äußern. finden am Sonntag, den 24. Februar, in allen 44 Betrieben der Versammlungen statt, in denen die Delegierten des Bezirks Bericht erstatten.

Ramersdorf, ca. 1000 bis dahin dafür, daß alle Ramersdorfer sich reiflos an den Verhandlungen beteiligen. — Die Bezirksleiter werden ersucht, die ihnen zuzuschickenden Jahresberichte sofort allen Mitgliedern, in erster Linie den Delegierten, zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Der Vorstand.

Verantwortlich für Inhalt: Carl Reuter; Birtsch; Arthur Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Saltruss; Redaktion: E. J. Fischer; Druck: Verlag: Carl Reuter & Co., Berlin, SO 4, Unter den Eichen 11. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Sophien-Säle Sophieustraße 17-18. Norden 9296. Säle frei!

# Preiswerte Angebote

<p>Verkauf nur soweit Vorrat</p> <p><b>Strümpfe</b></p> <p>Damen-Strümpfe 2<sup>95</sup> Kassimirwoll-, Doppels, Hoch-, schwarz u. bunt</p> <p>Hafel-Socken 1<sup>95</sup> rei-wollene, für Damen und Kinder</p> <p>Damen-Strümpfe 2<sup>25</sup> ka-stue dens, Doppelsohle, Hochferse u. Nahl</p> <p>Damen-Strümpfe 1<sup>50</sup> extrac wert, Nahl, Doppelsohle u. Hochferse</p>	<p><b>Kamelhaar-Art-Laschenschuhe</b></p> <p>für Damen mit Filz- und Ledersohle</p> <p>Paar 1<sup>90</sup></p>	<p><b>Damen-Strassenschuhe</b></p> <p>mit Pezbesatz und warmem Futter in braun und schwarz, moderne Form, eleganter Absatz, vorzügliche Verarbeitung</p> <p>Paar 11<sup>90</sup></p>	<p><b>Kamelhaar-Art-Umschlagschuhe</b></p> <p>für Damen mit Filz- und Ledersohle</p> <p>Paar 2<sup>60</sup></p>	<p>Mengenabgabe vor behalten</p> <p><b>Trikotagen</b></p> <p>Damen-Schlüpfer 1<sup>95</sup> mit 8-gerahtem Futter</p> <p>Reformbeinkleider für Damen 4<sup>90</sup> mit angerautem Futter, marine, alle Größen</p> <p>Herren-Hemden u. -Hosen 2<sup>90</sup> wo'gemischt, alle Größen</p> <p>Herren-Hosen 4<sup>90</sup> mit angerautem Futter, alle Größen</p>
<p><b>Damen-Trikothandschuhe</b> mit Halbfutter, 2 Druckknöpfe... 95<sup>pt</sup></p>	<p><b>Vorzügliche Wintermäntel</b> 19<sup>75</sup> englisch gemastert, wollene Ware</p>	<p><b>Modernes Kasakkleid</b> reine Wolle, mit losem Rock, Stickerei und Trassengarnitur... 17<sup>75</sup></p>	<p><b>Herren-Trikothandschuhe</b> mit Halbfutter und Druckknopf... 1<sup>10</sup></p>	

# MERDMANN TIETZ



Wenn man durch die Straßen unserer heutigen Großstädte geht, begegnet einem auf Schritt und Tritt etwas, was es vor einem Jahre noch nicht gab: die Hochantenne.

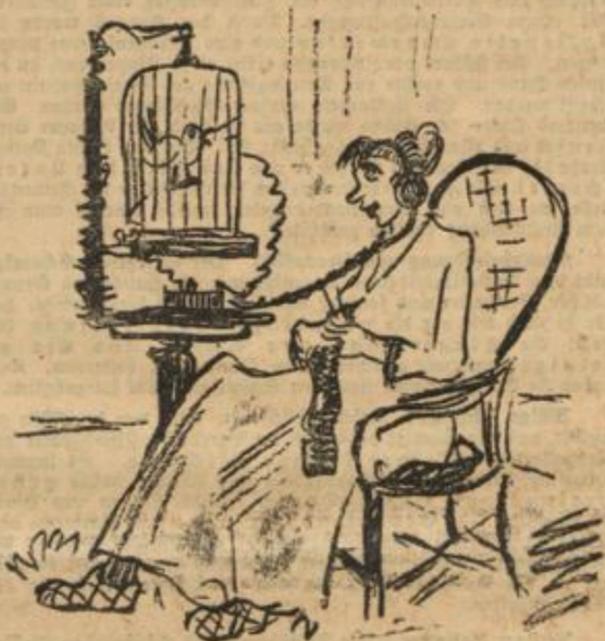
Die „nebensächliche“ Antenne.

Aber den Sachkundigen, der durch die Straßen wandelt, beschleicht oft ein Grauen. Das, was er da sieht, hat mit dem Dinge, das Marconi erfand, das von Technikern und Wissenschaftlern in unendlicher Mühe wissenschaftlich untersucht und entwickelt worden ist, nur noch das Neuhere gemeinsam.

Die elektrischen Eigenschaften der Antenne.

Immerhin darf man auch da nicht so nachlässig mit dem wichtigsten Teil der Empfangsanlage, der Antenne, umgehen. Sie sollte nach wie vor sachkundig angelegt und sorgfältig gebaut sein, will man das Möglichste aus ihr herausholen.

Schluss hat, d. h. wenn zwischen den Drähten und der Erde eine leitende Verbindung besteht. Daher sind die Isolatoren in den Drähten, vor der Verbindung mit der Aufhängung, nötig.



Das Vogelbauer als Antenne.

Die empfangt, wieder ausstrahlt. Diese Eigenschaft ist es nun gerade, die den meisten Antennen verderblich ist.

wir wissen ja heute, daß auch der Detektor, wenigstens gewisse Kristallkombinationen, nicht frei davon ist und die werden dann von der Antenne fröhlich in die Welt hinausgeschickt, wenigstens auf kleine Entfernungen.

Die Niederführung der Antenne.

Ein Wort sei noch den Niederführungen gewidmet, den Verbindungen vom Empfänger selbst zur Antenne. Man kann oft sehen, welche Lehren, die sind sehr ordentlich auf lauter kleinen Porzellanrollen an der Hausmauer heruntergeführt, bis sie dann durch ein Fenster in die Wohnung gelangen.

Den meisten der geschädigten Störungsmöglichkeiten entzieht sich, wer eine Zimmerantenne verwendet. Das ist nicht nur in der Stadt, die einen Sender hat, möglich, sondern auch in größerer Entfernung vom Sender, freilich muß man dann schon ein empfindliches Empfangsgerät haben.

Erleichterungen für die Radio-Amateure.

Endlich sind die langgehegten ersten Erleichterungen zum Selbstbau von Röhrengerät Lausache geworden.

Am 20. Februar fanden im Reichspostministerium Verhandlungen über die Erteilung der Audionversuchserlaubnis statt, an denen Vertreter des Deutschen Funkvereins, des Funktechnischen Vereins sowie der Fachverbände der Funkindustrie und des Funkhandels teilnahmen.

Staatssekretär Dr. Bredow gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß die Deutsche Reichspost beabsichtige, einen starken Röhrensender zu errichten, der dazu bestimmt sein soll, auf einer Welle über 1000 Meter Nachrichten über das ganze Reich drahtlos zu verbreiten.

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegelet.

Sie stößt die Decke beiseite und richtet sich auf. Die Arme um ihre Knie geschlungen, sitzt sie lange, und in ihrem Innern geht es auf und nieder, wie von den beiden Schalen einer Waage: beladen mit Schuld und nicht Begreifenskönnen ist die eine, indes die andere überquillt vom berausenden Duft, der dieser Stunde entströmt.

Endlich schläft sie ein, und ihr Geist folgt den verworrenen Traumwegen ihres Blutes. Plötzlich fährt sie auf. Der Riegel hat geknarrt. Die Tür sich geöffnet. Rysjed steht in der Doffnung. Aus dem Dunkel leuchtet fahl sein Nachtgewand. Ihre Glieder erstarren in eisigem Schrecken. Sie will schreien. Aber die blaffen Lippen erzwingen kaum ein Flüstern: „Die Kinder!“

Sie hat die Arme über die Brust verschränkt, die Hände gegen das Gesicht gepreßt, sie hat sich verschlossen, sich krampfhaft gefesselt. . . und fühlt doch, wenn seine lautlosen Schritte sich genähert haben, wenn seiner heißen Flüsterstimme Werben begonnen hat, werden die Riegel ihrer Arme sich öffnen, wie die Riegel der Tür.

Ihr ausgezehertes Herz beginnt wieder zu schlagen und dröhnt und dröhnt. Schleudert beleidigten Zorn, empörrten Widerstand empor. Die Arme sinken. Der fahle Fied an der Tür hat sich nicht bewegt. Wie ihr Inneres sich beruhigt, hört sie nebenan wieder die schweren unruhigen Schritte, die Schritte des ruhelos Leidenden.

11.

Die beiden Eichen, die ehemals das kleine Forsthaus beschirmten, zwei mächtige Patriarchen, aus deren grünbewachten Schattenhäuptern das Stückchen blauer Himmel da und dort wie milde Augen gelächelt hatte, schienen noch höher und gemaltiger geworden mit der Zeit. Aber ihre zum Teil entlaubten Kronen, die der Blick, der Frost oder einfach das Alter zerstückt hatte, wölften sich nicht mehr als eine schühende Kuppe über dem niedrigen Dach, sondern ihre tiefenhaften Arme, die bald in einer Krault, und bald in krallenhaften Fingern endigten, streckten sich drohend und schicksalhaft darüber hin, und jedem Beschauer mußte der Gedanke kommen, daß das Gewicht eines einzigen dieser Äste, wenn der Sturm ihn zerbrach, das Häuschen zerfahmettern würde. Und dieses selbst sah aus, als wäre es der immer wählenden Furcht erlegen, zusammengeschrumpft und zu einem Drittel in dem

Erdboden versunken. Unter der dunklen Hülle von Efeu, welche die nur aus einem Erdgeschloß bestehende Vorderwand und das schräge Dach bis über den First hinaus bekleidete und an den trüben Fensterscheiben nur kleine, kreisförmige Löcher freiließ, glich es eher einem uralten Grabhügel, als einer menschlichen Wohnung. Nachschattengewächse und Brennnesseln wucherten in dem schmalen Vorgärtchen hinter der Vigulterhecke.

Eine ganze Weile blieb Rysjed unerschlossen vor diesem Hause stehen, und die hoffnungsstöße und etwas selbstzufriedene Stimmung, die ihn auf dem langen Wege durch den Wald begleitet hatte, wurde gedämpft und abgeteilt durch die Erwägung, daß das, was er vorhatte, sich vielleicht doch nicht so leicht ausführen ließe, wie er es sich gedacht, und eine Stimme in ihm fragte, ob es nicht besser wäre, umzukehren und Vergangenes ruhen zu lassen, anstatt zu versuchen, das, was sich wie ein langsam wachsendes Schicksal gestaltet hatte, mit eigenmächtiger Hand umzugestalten. Dazu kam, daß das Haus einen so toten Eindruck machte, als müßten die Menschen, wenn überhaupt welche darin wohnten, es zurzeit wenigstens verlassen haben. Erst als er sah, daß aus dem niedrigen, von entblätterten Efeustrünken umwucherten Schornstein ein wenig Rauch stieg, öffnete er entschlossen das Staketentor. Er zog und riß mehrmals an der Schelle, aber trotz dem lauten Gebimmel, das sie von sich gab, kam niemand, ihm zu öffnen. Da umschritt er das Grundstück und pochte an dem hohen Holztor neben der Scheune. Ein Hund stieß ein wütendes Gebell aus, verstummte dann aber plötzlich. Rysjed glaubte, eine Männerstimme gehört zu haben, und öffnete das Tor. Ein Selter kam ihm entgegengeschossen, lehrte aber auf eine Bewegung seines Herrn, der eben damit beschäftigt war, die noch blutige Haut eines Rehbocks über eine Wäscheleine zu hängen, in seine Hütte zurück.

Obwohl die jehne, aber schon leicht gebückte Gestalt sehr wenig der seines Freundes glich, hatte Rysjed doch sogleich die Gewißheit, daß es niemand anders sein könne. Das hagere, mehr vergilbte als sonnenverbrannte Gesicht glich einem jener verwitterten, von Moos und Flechten bedeckten Aeste, die einen manchmal im Wald wegen ihrer Menschenähnlichkeit erschrecken, und lag versteckt unter dem Gestrüpp des langen Schnurrbartes, der buschigen Brauen und der grau gesprenkelten borstigen Haare. Die ganze Haltung des Mannes, der vorgebeugte Kopf auf dem dürren, sehnigen Halbe, die auffallend großen charaktervollen Ohren, besonders aber der Blick des von kleinen Blutadern durchlaufenen rechten Auges, an dem linken war das obere Lid über dem

unteren vernäht, drückte lauernde Wachsamkeit und zugleich eine Mischung von Dual und Wut aus, wie manchmal Reitenhunde sie bekommen. Was aber Rysjed auf den ersten Blick am meisten betroffen machte, waren die klumpenartigen, breiten, jetzt mit Blut beschmiereten Hände. Zudem sie die Erinnerung an die mit so viel Eitelkeit gepflegten, schmalen, weißen Hände des ehemaligen Leutnants von Hellborn in ihm erweckten, machten sie ihm die grausame Veränderung, die das Leben mit seinem Freunde vorgenommen hatte, am deutlichsten.

„Was 'n los?“ warf der Förster knurrend hin, ohne die halbange Heise aus seinem Munde zu nehmen.

„Das ist los! Ein alter Freund ist da. Hans Rysjed. Kennst du mich nicht mehr?“

Der Förster stemmte die Rechte, welche die gerieste Hirschhornfingere eines langen Taschenmessers hielt, in die Seite, musterte mit zugeducktem Auge Rysjed eine Weile und sagte: „So? Du bist der Mann im Auto, der gestern einen so verdammten Staub gemacht hat? Na — und?“

Damit wandte er sich wieder seiner Beschäftigung zu. „Na — und?“ erwiderte Rysjed. „Erlaube mal! Ich komme geradenwegs von drüben, aus San Franzisko, habe den Reisetraub noch auf den Schuhen, du bist der erste alte Freund, den ich aufsuche — und du knurrst mich an: Na — und? Nun wach dir mal die blutigen Blüten ab und gib mir die Hand. Du —“ er wollte ihm auf die Schulter klopfen, da aber der Förster sie mit einer nervösen Bewegung des Widerwillens zurückzog, erreichte er nur den Oberarm — „ich habe oft an dich gedacht.“

Da wandte Schmundt sich ihm rasch zu. Sein grell aufblühender Blick drückte eine höhnische haßerfüllte Antwort aus, aber sogleich senkte die buschige Braue sich darüber, und er murmelte nur ein undeutliches „Ja — ja.“

In diesem Augenblick kam aus der Hintertür des Hauses ein altes, in Lumpen gekleidetes Weib, das, auf der Schwelle stehen bleibend und den beiden Männern zusehend, fortfuhr, sich zu kämmen, wobei der Schorj auf ihrem Kopf den Zinken ihres Kammes mehr Widerstand zu leisten schien als die dürftigen Reste ihrer grauen Haare. Endlich rief sie mit einer schrillen, klagernden Stimme, die dem Ton einer geborstenen Schelle glich:

„Wenn Sie nun nicht bald kommen, Herr Schmundt, und Ihren Kaffee trinken, ich habe keine Zeit nicht mehr, aufs Feuer achtzugeben. Ich muß ihe nans aufs Feld. — Hören Sie, Herr Schmundt, ihe geh' ich, auf'n Rübenader.“

(Fortsetzung folgt.)

des Gemeinderundfunk Empfängers zu wählen sind, die vornehmlich innerhalb des Wellenbereichs von 1000 bis 2000 Metern eine gute Lautstärke gewährleisten, erfolgt die Aufnahme des Unterhaltungs- rundfunkgeräts nach wie vor mit dem im Handel befindlichen Rund- funkgerät mit einem Wellenbereich bis zu 700 Metern.

Mancherlei Schwierigkeiten macht auch noch die Erdung. Gute Verbindung mit der Erde ist wenigstens bei weniger empfindlicher Empfangsanlage und in größerer Entfernung vom Sender nötig. Die vielen Erden in einem Hause stören sich aber ebenso leicht gegenseitig wie die Antennen und sollten daher besser vermieden werden. Hier kann u. a. das sogenannte Gegengewicht gute Dienste leisten. Es besteht eigentlich wie die Antenne aus einer großen Drahtlänge, die frei ausgespannt wird und keine leitende Verbindung mit der Erde hat. Man kann den Draht z. B. rings um das Zimmer auf einer Holzleiste aufnageln oder auf der Rückseite eines Sofas auf dessen Holzrahmen befestigen. Verbindet man die Erdstange des Empfängers statt mit der wirklichen Erde mit dem Gegengewicht, so ist eine oft überraschend große Verbesserung der Lautstärke die Folge. Das Gegengewicht sollte viel mehr angewendet werden, als es bis heute bei den Amateuren der Fall ist.

### Pastelle Tiergarten.

#### Gefängnis für die Angeklagten.

In dem Prozeß gegen die schuldigen Beamten, die an den Bestrafungen bei der Pastelle des Bezirksamts Tiergarten und beim Revier 2 in der Albrechtstraße beteiligt waren, kam das Gericht, entgegen den beantragten Zuchthausstrafen nur zu Gefängnisstrafen. Es wurden verurteilt: der Polizeioffizient Schulz zu 2 Jahr Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Zierath, Goemer und Wannagat zu je 8 Monaten Gefängnis, Polizeihauptwachmeister Götlinger und Polizeioffizient Schwarz zu je 5 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Feldmann wurde wegen fortgesetzter Anstellung zu 8 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen. Das Gericht hat, wie Landgerichtsdirektor Dr. Lehmann in der Urteilsbegründung ausführte, trotz aller schwersten Bedenken und nach schonem inneren Kampf die Bezeugung verneint. Die angeklagten Beamten haben pflichtwidrig gehandelt und keine Weisungen und Vorteile angenommen. Es ist aber nicht mit ganz positiver Sicherheit anzunehmen, daß sie die Zusamenschlüsse für pflichtwidrige Handlungen angenommen haben. Es wäre möglich, daß sie der Heberhebung Freidmanns erliegen sind, und es ist nicht nachgewiesen, daß die keinen Zusamenschlüsse von Jägern und Bier im Zusammenhang mit den pflichtwidrigen Handlungen sehen. Es kommt daher der mildere Strafparagraf in Anwendung. Das Gericht hat auch bei der Strafzumessung berücksichtigt, daß die Angeklagten zwar den Beamtenstand und den Staat schwer geschädigt haben, da durch die falschen Pässe viel Schaden angerichtet ist. Es ist aber auch berücksichtigt worden, daß in der damaligen Zeit eine Lockerung aller Begriffe eingetreten war. Es ist auch berücksichtigt, daß die Angeklagten ohnehin schwer getroffen sind, da sie als langjährige Beamte voraussichtlich ihre Stellung verlieren werden. Die Entscheidung darüber, ob ihnen die Beamtenfähigkeit abzuspochen ist, überläßt das Gericht jedoch der Entscheidung der Disziplinarbehörde.

### Die Strafanträge im Automobilverschleißprozeß.

Staatsanwaltschaftsrat Müller begründete in dem Prozeß gegen Angestellte der „Daxil“ in nahezu dreistündiger Rede die Anklage. Für die Beurteilung der Frage, ob es sich um Bestechung und Untreue handle, müsse untersucht werden, ob Fiktion und Heinge, die technischen und kaufmännischen Leiter der „Daxil“, Beamte waren. Beide haben, obwohl kein bestimmter Vertrag vorhanden war, eine verantwortliche Stellung gehabt; sie haben über Reichsgüter verfügt, und die Kaufverträge abgeschlossen. Für die Untreue komme in Betracht, daß sie die besten Wagen heraus gesucht und verschoben haben. Die Wagen hätten an Behörden und Kommunen gegeben werden können. Es wurden aber die Kopien aus dem Studien herausgeschafft, was dann übrig blieb, war schwer zu verkaufen. Darin liege die Schädigung des Reiches. Zweifellos haben die Automobilhändler erhebliche Provisionen erhalten und sich der Bestechung schuldig gemacht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fiktion und Heinge wegen Untreue und Bestechung je ein Jahr Gefängnis, gegen die anderen Angeklagten wegen unlauteren Wettbewerbs Geldstrafen. Bei mehreren Angeklagten wurde Freisprechung beantragt. In dem Fall der Schrotterverschleißung ließ der Staatsanwalt die Anklage fallen, da sich nichts mehr erweisen ließ.

### Die Verletzungen der Großstadt.

Vom Hauptgesundheitsamt des Berliner Magistrats wird uns geschrieben: In dem Artikel „Die Verletzungen der Großstadt“ Ihres geschätzten Blattes vom 6. Februar wird es als außerordentlich bedauerlich betrachtet, daß nach dem Kriege Unfallsstatistiken eingegangen seien, und es wird die Frage erhoben, aus welchem Grund die Stadt Berlin einer Schätzung unzulässig zusetzt. Wir gestatten uns hierzu folgendes zu erwidern: Von den im Jahre 1914 bestehenden Unfallsstatistiken (Rettingsstellen) sind seit jener Zeit geschlossen worden: 1. Die Rettingsstelle in der Köpenickerstraße, 2. Die Rettingsstelle in der Gaudystraße, 3. Die Rettingsstelle in der Holzmarktstraße, 4. Die Rettingsstelle in Tegel, 5. Die Rettingsstelle in Charlottenburg, Crasmusstraße. Verlegt wurden die Rettingsstellen in der Eldendorfsstraße nach dem Lazarustrankenhaus und die aus dem Krankenhaus Vichtenberg nach Vichtenberg, Rathausstr. 17. Dagegen wurden neu eingerichtet die Rettingsstellen: 1. Nr. 36 Krankenhaus Reinickendorf, 2. Nr. 37 Pantow, 3. Nr. 39 Oberschöneweide, 4. Nr. 41 Tempelhof, Standortlazarett, 5. Nr. 43 Friedenau, Kaiserallee, 6. Nr. 44 Vincenz-Krankenhaus, Lichterfeld-Str. Es stehen also fünf aufgelösten Rettingsstellen sechs neu eröffneten gegenüber, so daß ein Rückgang in der Zahl der Rettingsstellen nicht zu verzeichnen ist. Die vielfach beklagte Auflösung der Rettingsstellen in der Gaudystraße ist vorübergehend durch Einrichtung einer Hilfsrettungsstelle auf dem Geyerplatz in der Oberwälder Straße ausgeglichen worden. Die Frequenz dieser Rettingsstelle war aber so gering, daß sie wieder aufgelöst werden mußte. Demnach soll an Stelle der in der Gaudystraße in der Nähe des Bahnhofs Danziger Straße eine neue Rettingsstelle errichtet werden.

### Feldübungen.

Man schreibt uns:

Am Sonntag gegen Mittag war Kaulsdorf, das durch ähnliche Vorwürfe berühmt geworden ist, wieder einmal Schauplatz von Feldübungen rechtswidriger Organisationen. Rechtsradikale Posenszüge mit Hohnen und Trommeln durchzogen das Dorf mit wildem Kampfschrei! Vor der Polizeiwache und auf dem Hof derselben spielten sich dann die „blutigsten“ Kampfszenen ab. Man sollte meinen, daß die Polizei gegen einen derartigen Unfug, anders kann man es schlechterdings nicht bezeichnen, mit der notwendigen Schärfe eingegriffen wäre. Aber nichts dergleichen geschah. Hat sie diese Vorfälle nicht beobachtet? Oder geschahen diese Umtriebe im Einverständnis mit der Polizei? Klärung ist dringend notwendig. Wann werden endlich die zuständigen Stellen dem Treiben in Kaulsdorf ein Ende machen?

Schiffsbrand auf der Havel. Am Vollenwerk Lindenstraße in Spandau geriet am Montag ein Schleppdampfer in Brand. Der Spandauer Feuerwehr gelang es, die Flammen auf die Kajüte zu beschränken. Verloren sind nicht zu Schaden gekommen.

### Ein „politisch Gehefter“.

#### Der seltsame Oberleutnant.

Einen bösen Reizfall erlebte am 30. Juli ein Jüterbogger Hotelwirt mit einem Gast, der sich ihm als Fliegerleutnant, der zur Artilleriehochschule als Lehrer kommandiert sein wollte, vorstellte. Als der Wirt sich etwas skeptisch das Reisegepäck des Offiziers, das aus einem Pappkarton bestand, beschah, kündigte der Gast für den nächsten Tag seinen Besuch mit zwei Koffern an. Der Flieger gab an, sich im Hotel wie im hebenem Himmel zu fühlen und mielte gleich ohne Bezahlung auf zehn Tage, verlangte aber für den Herrn Zehnmeister eine Kontogutleistung. Nach opulentem Abendessen pumpt der Gast gegen Verpändung seines Offiziersehrenwortes eine größere Summe vom Wirt, warf sich in den Smoking und verließ das Lokal. Dem Wirt ließen Bedenken auf, und auf seine Anfrage mußte kein Truppenteil etwas von einem dorthin abkommandierten Lehrer. Die Polizei entdeckte den Gast bei einer Flasche Rotwein. Als der Herr Beamte den Polizeibeamten sah, knüpfte er schleunigst den Smoking zu und ergriff die Flucht über Säune und Gärten. Im Stadtgefängnis zu Berlin sah der Wirt seinen noblen Gast wieder, und zwar als den stechbriesslich gesuchten 34-jährigen Oberleutnant a. D. Max Sänger aus Berlin. Sänger ist Mitglied einer geheimen politischen Organisation und versuchte in Jüterbog ohne Geld mit noblen Kreisen Fühlung mit militärischen Stellen zu erhalten. Wegen Betrugs vor dem Amtsgericht in Jüterbog angeklagt, versuchte sich der Herr Oberleutnant an dem Wirt dadurch zu rächen, indem er ihn in den Gerichtsakten als Kommunisten „schwerster Art“ bezeichnete, der äußerst schädlich für Jüterbog sei. Das Amtsgericht erkannte seinerzeit an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Wochen auf 100 Mark Geldstrafe. Gegen das Urteil legte der Angeklagte vor der Potsdamer Strafkammer Berufung ein und bezeichnete sich als einen politisch Gehefter“. Aber in dieser Verhandlung bekam er keine gerechte Strafe durch den als Zeugen geladenen Wirt, der den Herrn Oberleutnant über sein gegebenes Offiziersehrenwort aufklärte, daß diesem das Hören und Sehen verding. Die Berufung des Angeklagten wurde auf seine Kosten verworfen. — Er ist natürlich immer noch billig genug davongekommen.

Infolge der Glätte erfolgte am 23. Vormittag an der Ede Koppens- und Falstadenstraße ein Zusammenstoß einer Zyclonette mit einem Personenkraftwagen. Durch den Anprall wurde die Zyclonette umgeworfen und eine Straßenlaterne umgebogen. Der Fahrer der Zyclonette erlitt einen Fingerbruch an der linken Hand und mußte zur Rettungsstelle am Friedricksdamm geschafft werden. Die Zyclonette mußte abgeschleppt werden. Ein weiteres Opfer der Glätte wurde am 23. früh der Arbeiter Ernst Jensen aus Mariendorf, Chausseestr. 287. Vor dem Hause Kaiserstraße 144 in Tempelhof stürzte er und brach sich den Unterschenkel. Die Feuerwehr brachte den Verunglückten zur Rettungsstelle, wo ihm ein Rotverband angelegt wurde, worauf man ihn dem Krankenhaus Budow zuführte.

Schneebeiseitigung und Streupflicht. Der einsehende Schneefall gibt dem Polizeipräsidenten Veranlassung, die Haus- und Grundbesitzer, Verwalter und sonstige Antiezer darauf hinzuweisen, daß für sie nach wie vor die unbedingte Verpflichtung besteht, die Bürgersteige von Schnee und Eis zu reinigen und mit abkühlenden Stoffen zu besäuen. Auch haben sie die Hydranten stets von Schnee und Eis freizuhalten.

Billige Fischtagel. Reicher Fischmarkt wird von der Rüste gemeldet, und veranlaßt deswegen der Verein der Fischhändler von Groß-Berlin E. V. drei billige Fischtage. Es kommen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag zum Verkauf frische grüne Heringe und Ostsee-Dorsch, beide Sorten pro Pfund 20 Pfennige. — Gebatene Heringe, mit warmem oder kaltem Kartoffelsalat sind ein nahrhaftes und billiges Gericht. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht, und befinden sich in den Ladengeschäften, in den Markthallen und auf den Wochenmärkten.

Berliner Volkshor. Die Aufführung des Opern- und Puppentheaters ist vom 24. Februar auf den 10. März verlegt worden und findet unter Leitung von Dr. Ernst Zander und Mitwirkung von Frau Engel-Wilde, Frau Weinbaum, Herrn Mansfeld, Herrn Prof. Albert Fischer und vom Berliner Sinfonie-Orchester (ehem. Württemberg) am 7½ Uhr pünktlich in der Garnisonstraße, Neue Friedrichstraße, statt. Karten fast vergriffen.

SPD-Fraktion der im Bezirksamt Prenzlauer Berg beschuldigten Arbeiter, Angeklagten und Beamten. Heute, Dienstag, nachmittags 4½ Uhr: Fraktionsübung bei Klug, Danziger Str. 71.

Zentraler Vortrag über Gesundheitspflege. Am Dienstag, 24. Februar 1925, abends 8 Uhr, wird im Restaurant „Kaiser-Friedrich-Str.“ Charlottenburg, Berliner Straße 88, Dr. med. Hans Gilmelmer, Berlin, einen Vortragsabend halten über das Thema: „Die Tuberkulose, ihre Bekämpfung und Heilung“. Nach dem Vortrag Aussprache. Unkostenbeitrag 2 M.

### Eine moderne Seeräuber Geschichte.

#### Wie ein Spritschmuggler sein eigenes Schiff überfiel.

Ueber eine abenteuerliche, an Seeräubererzählungen erinnernde Geschichte eines mit einem Versicherungsschwindel zusammenhängenden Alkoholschmuggels wird von der Hamburger Kriminalpolizei berichtet. Der in Bremerhaven wohnhaft gewesene Kaufmann Thomas Godman charterte im Juli 1924 in Bremen das englische Motorschiff „Beronica“, um 18 770 Risten Spiritus in Wert von 580 000 Dollar nach Amerika zum Verkauf an Spritschmuggler zu bringen. In Bremerhaven wurde der deutsche Teil der Besatzung für eine Reise nach Norfolk angeworben. Godman selbst fuhr mit einem Besagierchiff nach Amerika und setzte sich dort mit dem Kaufmann Bernhard Hellmuth Hartmann in Verbindung. Im September 1924 legte die „Beronica“ in Long Island an Bord und verkaufte die Spiritus an einen amerikanischen Spritschmuggler.

### Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 24. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
6.30—7.00 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).  
7.00 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Literatur und Kunst. Professor Colson: „Französische Literaturgeschichte“ (in französischer Sprache).  
7.10 Uhr abends: Theaterfunk: (Theodor Kappstein).  
7.30 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Handol. Dr. Kurt Magnus: „Was muß man von den Steuern wissen“.  
8 Uhr abends: Dr. Arthur Berger: „Tiere des Waldes im Haushalt der Natur“.  
8.30 Uhr abends: Theaterabend. 1. Spaziergang im Wald; lustiges Intermezzo, zusammengestellt von Karzin (Willi Karzin).  
2. a) Frühjahrsfahrt (Eichendorff) Schumann. b) Freisinn (Goethe) Schumann. c) Jagdlied (Aus des Knaben Wunderhorn) Mendelssohn. d) Willkommen, mein Wald (O. Roquette). K. Frans (Roland Hell, Tenor).  
3. a) Die Jäger (Marsch, Hertel). b) Jägers Abschied, Mendelssohn. c) Im Walde, aus der Oper „Preciosa“, Weber (Das Waldhornquartett der Berliner Staatsoper: Georg Böttcher, Erich Müller, Ernst Friese, Anton Stengl).  
4. a) Waldreise (Mörke) Wolf. b) Der verrückte Jäger (Eichendorff) Weißmann. c) Jagdlied (Eichendorff) Weißmann (Roland Hell). 5. a) Jägerlust, Marsch, Kreuzer. b) Jägerchor aus der Oper „Der Freischütz“, Weber. c) Es rauscht dem Jägermann der Wald, Jagdschütz, Komschat (Das Waldhornquartett der Berliner Staatsoper).  
6. Heitere Jägerlieder (Willi Karzin). Am Flügel: Otto Urack.  
Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungen, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30 Uhr abends: Vortragsreihe: „Die Hauptfragen des deutschen Presserechts“. 1. Vortrag: Ministerialrat Dr. Haentzel: „Der prägesetzliche Berichtungszwang“.

Am 24. Oktober legte langjährlig der „Beronica“ ein Motorschiff an. An Bord erschien ein Mann und stellte sich als Vertreter von Godman vor, so daß er freundlich und gut bewirtet wurde. Blüglingschiff der Mann einen Pflanz, worauf die aus 12 Mann bestehende Besatzung des Bootes an Bord der „Beronica“ erschien und die völlig überraschte Mannschaft festsetzte, während der Kapitän in einen anderen Raum gebracht wurde. Die wertvolle Ladung wurde dann nach und nach auf das Motorschiff geladen und von da an Bord des amerikanischen Seglers „Elys“ gebracht. Die Verladung dauerte bis Ende November 1924. In dieser ganzen Zeit wurde die Schiffsbesatzung der „Beronica“ gefesselt gehalten und mitunter auch schwer mißhandelt. Die Banditen hatten die Matrosen der „Beronica“ zum Teil unbrauchbar gemacht, so daß das Schiff, nachdem es von den Piraten verlassen war und nachdem die Mannschaft sich von ihren Fesseln befreit hatte, nur langsam seine Rückfahrt antreten konnte. Der Kompass war von den Banditen zerstört worden. Nur mit großen Schwierigkeiten und dank der Hilfeleistung deutscher und englischer Schiffe konnte die „Beronica“ ihren englischen Heimatort erreichen. Wie später festgestellt wurde, war dieser Ueberfall von Godman selbst inszeniert worden zu dem Zweck, die riesige Versicherungssumme von einer süddeutschen Versicherungsgesellschaft zu erlangen. Der Führer der Banditen war der von Godman aufgefischte Hartmann. Die Hamburger Kriminalpolizei konnte heute zwei an dem Ueberfall aktiv beteiligte Amerikaner, den 34-jährigen Mac Miller und den 24-jährigen Georges Hansen in ihren Logis verhaften. In ihrer Kammer wurde ein scharf geladener Revolver beschlagnahmt. Die Festgenommenen bestritten die Tat, sind aber durch verschiedene Zeugen überführt. Der am 18. April 1894 in Klauen i. B. geborene Kaufmann Bernhard Hellmuth Hartmann konnte jedoch nicht ermittelt werden. Godman ist gleichfalls flüchtig.

### Gute Wintersportverhältnisse.

Dem Deutschen Verkehrsverein gingen gestern telegraphisch folgende Wettermeldungen zu: Nienengebirge. Schreiberhan, 500—900 m ü. M., Barometer etwas steigend, 4 Grad Kälte, leichter Schneefall, windstill, 15 cm Neuschnee, Rodelbahn bis in den Ort sehr gut, Skiföhre sehr gut. Pulverschnee bis in den unteren Ortsteilen. Das große Schreiberhauser Sportprogramm tritt in Kraft. — Keilträgerschnee, 1885 m ü. M. und Neus Schelliche Waude, 1195 m ü. M., 5 Grad Kälte, 25 cm Neuschnee, die ganze Schneehöhe 1—1½ m. Sportverhältnisse vorzüglich. — Krummhübel, 530—845 m ü. M., Barometer gefallen, bewölkt, 5 Grad Kälte, 10 cm Neuschnee, Hohegebirge 30—50 cm Pulverschnee. Jeder Sport gut. Schwarzwald. Hälerhöhe bei Baden-Baden, 800 m ü. M., 15 cm Neuschnee, 2 Grad Kälte. Sprunghügel fertiggestellt. Oberhara, Braunlage, 600 m ü. M. 5—25 cm, im höheren Gelände bis 50 cm Schnee, 3 Grad Kälte, Skiföhre und Rodelbahn gut.

Schneefall auch in Wien. Am Sonntag über herrichte in Wien Schneefall. Nach Mitteilungen der Meteorologen ist es jedoch nur ein vorübergehender Kälteeinbruch. Insbesondere im Salsammergut und in dem Gebiet südlich des Dachsteins ist ebenfalls starker Schneefall eingetreten.

Mit sechzehn Mann Besatzung untergegangen. In der Nähe von Rorlöpping wurde das Wrack eines Schiffes aufgefunden, das auf 16 Meter Tiefe gesunken ist, so daß nur noch einige Riffsippen aus dem Wasser ragen. Man nimmt an, daß es sich um den deutschen Motorschiff „Christine“ aus Hamburg handelt, der in der vorigen Woche von Hamburg nach Rorlöpping abging und seitdem überfällig ist. Die Besatzung von sechzehn Mann scheint umgekommen zu sein.

Zwei isländische Schiffe gesunken. Aus Keiljavit wird gemeldet, daß die isländische Schifferflotte in den Hafen zurückkehrte, nachdem sie vergeblich nach zwei isländischen Schiffen gesucht hat, die seit dem Sturm der vorigen Woche nicht wieder gesehen wurden. Man muß daher annehmen, daß diese beiden Schiffe verloren gegangen sind. Es ist dies das Schiff „Rofur“ mit 30 Isländern und „Robert“ 23 Isländern und 6 Engländern an Bord.

Ein Eisenbahnzug in Oberhausen. Gestern erlegte im Bahnhof Oberhausen-West ein Güterzug aus unbekannter Ursache in einer Weiche. Der Heizer des Zuges und ein Schaffner wurden sofort getötet.

### Jugendveranstaltungen.

<p>Abendung, Teilnehmer der Vorkurs für die Frühjahrsfeier und Teilnehmer des Jugendpilses „Frühling im Wald“ — Heute Dienstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, Aufnahmefest im Jugendheim Lindenstr. 2.</p> <p>Heute, Dienstag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr:</p> <p>Rochit II: Schule am Stadtpfloss, Vortrag: Weimar, Wieland, Tenorhörn, Hamburg. — Seebühne: Schule Weimar, 4. Vortrag: Alkohol und Rikotin. — Harbort II: Neue Rheinische (Witersheim), Vortrag: Deutsche und Wädel in der Vergangenheit. — Harbort III: Jugendheim Danziger Str. 42, Vortrag: Arbeit, Disziplin. — Resbring: Formwörterbuch (Weissenbögen Str. 2, Danzig), Vortrag: Unsere Wandern. — Verausgeber Rochit: Jugendheim Danziger Str. 42, Vortrag: Warum bin ich in der GAZ? — Schönlauer Rochit: Schule Lindenstr. 17, Vortrag: Republik und GAZ. — Grenzfelder-Viertel: Jugendheim Oberborsers Str. 61, Vortrag: Die Fremdenliebe. — Schülz, G.-H.: Schule Weimar Str. 41: „M. Dufé“. — Weimar: Neuverwirklichte, Kurfürststr. 14, Vortrag: Geländer Sport. — Schönlauer II: Jugendheim Rubens, Cafe Städtchen, Vortrag: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihre Führer. — Reuthe II: Jugendheim Schützengasse 44, Diskussions: Unsere Leitlinie. — Reinholdstr.-Ordnung: Weidenstraße 46, Vortrag: Kulturgeschichte.</p> <p>Kameradschaften für die Einführungsfeier im Hinblick an die Funktionsfeier sind sofort dem Jugendsekretariat einzuenden. — Beginn der Kurze Anfang März, Donnerstag, 10 Uhr, Aufnahmefest 15 M. für bis 19 Uhr, 1.50 M. über 19 Uhr.</p> <p>Sport.</p> <p>Samson-Röner—Scott. Das Programm für den nächsten Sportballabend am Freitag, 27. d. M., ist jetzt vollständig. Es enthält vier deutsche-englische Treffen, und zwar kämpfen die Meister Samson-Röner—Obl Scott mit 10 Kunden, Rolf Friedrichmann—Teddy Norton mit 10 Kunden, Linden, Dohmann—Soldier Jim Neung mit 10 Kunden, Kar Diekmann—Stanley Wien sechs Kunden, den Bestimmungen entsprechend alles in vier Uenzen, letzten Umgeben. Der Boyerklub für diesen Kampfplatz hat am Sonntag an den bekannten Stellen, Sportplatzhalle Volksamer Straße 72, Postplatz Baden 30 und Berlin Gadesbeil, Stallgärtcherstr. 34/35, begonnen.</p> <p>Für das 15-Meilen-Mannschaftsfahren im Sportplatz, das am Sonntag, den 1. März, 7½ Uhr, den Auftakt zum 14. Berliner 6-Tage-Rennen bildet, wird ein außerordentlich heißer von 18 Mannschaften am Ablauf zu finden sein. Von den für die lange Fahrt verpflichteten Radsportleren dürfen Saldon, Dahn, Lorenz, Golle, Bauer und Tieg in erster Linie in Frage kommen, und es ist drabständig, diesmal dem Wunsch der Berliner Radsportfreunde Rechnung zu tragen und Bauer und Tieg zu einer Mannschaft zu vereinen. Eine Reihe ausländischer Fahrer werden dem Hebe das übliche internationale Gebräch geben. Jedenfalls muß mit einer starken Besetzung des Rennens gerechnet werden, denn für die Mittelklasse ein 100-Kunden-Prämienfahren vorangestellt.</p> <p>Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Vormittag bewölkt, und leichte Niederschläge. Temperatur wenig unter Null. — Für Deutschland. Vormittag bewölkt. Im Osten noch leichte Schneefälle. Ueberall Frost. In Westdeutschland tagsüber etwas über Null.</p> <p>Misfarbene Zähne</p> <p>entstellen die schönste Hälfte. Tübler Mundgeruch wirkt abtötend. Beide Schäden beseitigt wird, sofort vollstänm, unüßlich. Weiße beiseigt die Zahnpulver Chlorodont, wirksam unterstützt durch Chlorodont-Mundwasser.</p>
---



# Wirtschaft

## Phantastie und Wirklichkeit.

In der Begründung eines Gesetzes zur Ueberleitung der Einkommens- und Körperschaftsteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren (Steuerüberleitungsgejetz) findet sich folgender Satz:

„Kamhafte Kreise der Wirtschaft haben im Jahre 1924 kein Einkommen gehabt und sogar mit Verlust gearbeitet. Wollte die Reichsregierung auf den wirtschaftlichen Ergebnissen des Jahres 1924 eine allgemeine Veranlagung des Einkommens für 1924 aufbauen, so würde — darüber kann kein Zweifel bestehen — ein großer Teil der von den Gewerbetreibenden geleisteten Einkommenssteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen wieder zurückgezahlt werden müssen.“

Dieser Satz der Begründung ist die Voraussetzung für ziemlich weitgehende Erleichterungen, die aus Anlaß der „Steuerüberleitung“ dem Besitz zugedacht werden. Er wurde geschrieben, als die Ertragsabläufe der deutschen Unternehmungen für das Jahr 1924 noch nicht vorlagen. Das ist seine einzige Entschuldigung. Denn im übrigen ist er Phantastie.

Eine ganze Reihe von Unternehmungen, zu denen auch die Großbanken gehören, schütten nach einer außerordentlich starken Reduktion ihres Goldmarkkapitals, aber bei Aufrechterhaltung reicher stiller Reserven, 8 und 10 Prozent für das Jahr 1924 als Dividende aus. Andere Unternehmungen der Großindustrie, die keine Gewinne oder gar Verluste auswiesen, sind in der Lage, aus ihrem gegen die Vorkriegszeit gewaltig angewachsenen Vermögensbestand riesige Unterpfänder für ausländische Anleihen zu stellen, Pfänder, die wertlos wären, wenn sich auf ihnen nicht ein wesentliches Einkommen für die Werke ausbaute. Die Auslandsanleihen der AEG, Siemens, Thyssen usw. wären glatter Kreditbetrug, wenn sie lediglich zur Abdeckung von Verlusten dienen würden, was übrigens bei ihrer Aufnahme auch gar nicht behauptet wird. Man muß also selbst in Fällen, wo keine Dividende ausgeschüttet wird, oder wo gar Verluste ausgewiesen werden, mit der Behauptung recht vorsichtig sein, daß diese Wirtschaftskreise im letzten Jahr „kein Einkommen gehabt“ hätten.

Aber selbst kleinere Unternehmungen haben, wie eine kurze Uebersicht zeigen mag, recht stattliche Erträge erzielt, die auf ein erhebliches Einkommen schließen lassen. Die Eggelshor-Fahrradwerke Brandenburg werfen 8 Proz., die Kontordia-Spinnerei und Weberei 12 Proz., die Kofstoder Bank 5 Proz., die Braunschweigischen Kohlenwerke A.-G. 10 Proz. Dividende aus. Bemerkenswert ist, daß die Kofstoder Bank die Einlagegelder im letzten Jahre von 872 957 auf 3,03 Millionen Mark steigern konnte, die — wie auch bei anderen ländlichen Banken — beweisen, daß die agrarische Bevölkerung erhebliche Rücklagen machen konnte. Einige weitere Beispiele ergeben das gleiche Bild. Im Kaiserthor-Textil-Konzern werden folgende Dividenden vorgeschlagen: Baumwollspinnerei Kaiserthor bei einem Reingewinn von 600 000 R. 10 Proz. Dividende und 2) 000 R. Rücklage, Spinnerei und Weberei Pfersee bei einem Reingewinn von 650 000 R. 10 Proz. Dividende und 275 000 R. Rücklage, Baumwollspinnerei Unterhausen bei einem Reingewinn von 344 000 R. 10 Proz. und 120 000 R. Rücklage, Baumwollspinnerei und -weberei Rempten bei einem Reingewinn von 140 000 R. 4 Proz. Dividende und 70 000 R. Rücklage. Die ausgeschüttete Dividende ist bei allen Firmen recht beträchtlich.

Der Duisburger Bauverein schüttelt 8 Proz. Dividende aus, die Gölfiger Aktien-Brauerei bei einem Ueberschuß

von 250 000 Reichsmark 4½ Proz. bzw. 6 Proz. Für die Geschäftslage in der Brauerei-Industrie ist eine Mitteilung der Heffischen und Hertkes-Brauerei A.-G. in Kassel kennzeichnend, wonach sich in den fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres der Bierabsatz verdoppelt hat. Die Gesellschaft, bei der große Erweiterungsarbeiten notwendig sind, verteilt pro Papiermarkkaffe den anteilnehmenden Gemum 5 Reichsmark.

Die Liste könnte noch lange fortgesetzt werden. Aber schon die angeführten Daten zeigen, daß es mit der Ertragslosigkeit namhafter Wirtschaftskreise nichts ist. In ähnlichen Ergebnissen wird man kommen, wenn man einmal die Einkünfte der Reichskasse an veranlagungspflichtigen Einkommen mit dieser Behauptung vergleicht und dabei im Auge behält, daß ein gewaltiger Stab von Steuerberatern und Organisationen schon dafür sorgt, daß dem Reich kein Pfennig mehr zufließt, als der Steuerpflichtige unbedingt zahlen muß.

Man sieht, daß Regierungsbegründungen ziemlich weitherzig sind, wenn sie Maßnahmen zur Entlastung des Besitzes von Steuern befürworten. Wünschenswert wäre es, daß man auch bei der Beurteilung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft ähnliche Grundsätze anwendet. Statt dessen wird bisher eine wirklich soziale Gestaltung der Einkommensteuer ebenso brüst zurückgewiesen wie man anstatt Verminderung der Verbrauchssteuern sogar noch ihre Verschärfung verlangt.

## Der französische Reichswirtschaftsrat.

Das französische Amtsblatt „Journal Officiel“ vom 17. Januar 1925 veröffentlicht den Erlass über den „Rationalen Wirtschaftsrat“ (Conseil national économique C. N. E.). Die Existenzberechtigung des neuen Organismus wird folgendermaßen begründet: Die Vervielfältigung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen erfordert es, den Regierungs- und Verwaltungsstellen den Rat von Persönlichkeiten zugänglich zu machen, die außer ihrer besonderen und technischen Zuständigkeit als die Vertreter der Auffassungen der großen Berufsorganisationen gelten können. Auf diese Weise sollen ungeeignete, zu wenig vorbereitete Maßnahmen vermieden werden. Aus ihr soll jedoch kein Parlament oder keine Wirtschaftskammer werden.

Der Wirtschaftsrat hat die Aufgabe, die Probleme, die das wirtschaftliche Leben des Landes angehen, zu untersuchen und den öffentlichen Körperschaften Vorschläge zu machen. Die Befugnisse des C. N. E. sind beratender Art. Er untersteht direkt dem Ministerpräsidenten, der nach § 8 des Erlasses zugleich der Präsident des Wirtschaftsrates ist. Die Vertretung zerfällt in drei Hauptgruppen: I. Bevölkerung und Verbrauch, II. Arbeit, III. Kapital.

Diese drei Hauptgruppen stellen insgesamt 43 ordentliche Mitglieder, die von der oder den maßgebendsten Organisationen delegiert werden. Die Mandatsdauer beträgt 2 Jahre. Nach § 9 wählt der C. N. E. aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuss von 10 Mitgliedern, welcher in der Zeit zwischen den Tagungen, die jedes Jahr mindestens 4 mal je 10 Tage lang stattfinden, die laufenden Geschäfte erledigt und die Vorbereitung der Tagesordnung besorgt. Der C. N. E. stellt eine Liste von Sachverständigen auf, deren ständige Mitarbeit er für notwendig erachtet. Ferner entsenden in den C. N. E. je 2 vollberechtigte Sachverständige: die Minister für Arbeit, Volksgesundheit, Handel, Landwirtschaft, Finanzen, öffentliche Arbeiten und Kolonien. Weiter können an den Arbeiten des C. N. E. als Sachverständige teilnehmen: Der Leiter des Generalsekretariats des Obersten Rates für die nationale Verteidigung, sowie der Vertreter der französischen Regierung beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Alle Ministerien sowie die zuständigen Ausschüsse der Kammer und des Senats können sich bei den Beratungen des C. N. E. vertreten lassen. Desgleichen kann der Rat jederzeit verlangen, von der Regierung und den zuständigen Ausschüssen beider Kammern ge-

hört zu werden und er kann auch verlangen, daß diese Vertreter zu den Beratungen entsenden, sofern dies nicht schon von selbst der Fall ist. Der C. N. E. erledigt seine Arbeiten in Form von Berichten und Vorschlägen, die das ständige Sekretariat dem Ministerpräsidenten übermittelt. In Form von Vorschlägen angenommene Entscheidungen erfordern 2/3 Mehrheit. Der Ministerpräsident berichtet innerhalb eines Monats über die Durchführung oder er verlangt eine neue Prüfung der Frage. Die Regierung teilt dem C. N. E. in seiner Unterrichtung alle Gesetzentwürfe oder Vorschläge von wirtschaftlichem Interesse nach deren Vorgang mit. Die Vorschläge der Ausschüsse des C. N. E. werden den dem Staatsrate vorgelegenden Akten beigelegt.

Das Gesetz weist dem ursprünglichen Entwurf gegenüber starke Abweichungen auf. Insbesondere sollte anfänglich der Wirtschaftsrat 83 Mitglieder umfassen, während der endgültige Erlass nur 43 Mitglieder vorsieht.

Wenngleich die Grundlinien des französischen Wirtschaftsrates weitgehend mit der deutschen Verordnung vom 4. Mai 1920 über den RWR übereinstimmen, bestehen im Aufbau und in der Frage der Befugnisse große Unterschiede. Der deutsche RWR besteht aus 326 Mitgliedern (Art. 2 der Verordnung vom 4. Mai 1920), während die Zahl der ordentlichen Mitglieder des C. N. E. 43 beträgt (ohne die vorgeesehenen Sachverständigen).

Der deutsche RWR hat auch weitergehende praktische Befugnisse. Nach Art. 165 der Reichsverfassung hat er das Recht, Gesetzentwürfe wirtschaftlicher und sozialer Art vorzuschlagen und die Regierung ist verpflichtet, selbst wenn sie ihnen nicht zustimmt, die vorgeschlagenen Maßnahmen dem Reichstag vorzulegen. Der RWR hat das Recht, seinen Standpunkt durch eines seiner Mitglieder verteidigen zu lassen. Demgegenüber sind die Befugnisse des C. N. E. nur „Berater der Art“ (§ 1) und von einer geringen gesetzgeberischen Zuständigkeit. Seine Tätigkeit ist darauf beschränkt, von den Gesetzentwürfen wirtschaftlicher Art nach deren Einbringung Kenntnis zu nehmen und auf das Recht bei den Beratungen von den zuständigen Ausschüssen gehört werden zu müssen. Der direkte Einfluß des deutschen Wirtschaftsrates auf die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung ist bedeutend größer, ohne daß er die Gefahr eines Wirtschaftsparlaments mit sich bringt, was im französischen Gesetz so sorgfältig vermieden werden soll und dadurch diesem neuen Organ praktisch kaum einen Einfluß sichert.

In der richtigen Erkenntnis der internationalen Bedeutung der wirtschaftlichen Probleme hat im C. N. E. auch der Vertreter Frankreichs beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf einen Sitz. Auch das in § 17 vorgeordnete Verfahren über die „Vorschläge“ (Vertrag v. Versailles T. XIII, Art. 405) entspricht einer in der internationalen Sozialpolitik geübten Praxis.

Otto Bach.

**Automobil-Dumping.** Bekanntlich geht in der Automobilindustrie ein schwerer Kampf um die Erhöhung der Automobillöhne, die von den Fabrikanten gefordert wird. Zölle sind, wenn sie stark korrekturen Gewerbezweigen zugute kommen, seit jeher ein Mittel zur Schleuderausfuhr gewesen. Wie der Automobilhändlerverband mittels, verlangt die deutsche Autoindustrie bei Bestellungen heute bereits recht lange Lieferfristen und ist außerstande, die Nachfrage des Inlands zu befriedigen, das einen sehr starken Bedarf an billigen Wagen hat. Dagegen wurden auf der internationalen Automobilausstellung in Amsterdam deutsche Wagen zur Exportlieferung um 30 Proz. billiger angeboten als im Inland. Der Export verbilligt sich durch den Nachlaß der 10prozentigen Zurssteuer, verteuert sich aber wiederum durch die holländischen Einfuhrzölle um 5 Proz. Wenn schon unter den jetzigen Verhältnissen eine solche Schleuderkonkurrenz (Dumping) möglich ist, wieviel mehr wächst erst die Gefahr, wenn die Zölle noch um ein Vielfaches erhöht werden! Das würde aber eine Beeinträchtigung der deutschen Handelspolitik bedeuten, da die gegenseitige künstliche Unterbietung meistens protektionistische Zollmaßnahmen des Auslandes zur Folge hat, während heute Deutschland am stärksten daran interessiert ist, die Schutzollmauern des Auslandes durch eine vernünftige Handelspolitik niederzuliegen.

Berlin W. 62. d. 11. 2. 25.  
Tutu gupfeta, foyflöblifje Divallion,  
Wuina Rallerna-Vim-Lüjfa fab'if ffon,  
Oh' Gott, was fabuu Tin bloß maubroifan!  
Ist bin von im Dollyamorduan Vim Lüjfa g'offen,  
Mit 12 Krümben zünge ist von wawwinte!  
Tu bin ist von im Vim-Zünge un'gündel!  
Das Putzen damit ist ja nima Nimm!  
Lai mir glanz alles von nital Touma,  
Ihr Sunlicht, Traife, bin Nimm'ist ffonlang,  
Ist von im Putzen man mir f'ats bang,  
Lai du f'lassen zitan miß f'altt man'is mayan,  
Da fabuu man manifmal miß zu laifan,  
Ist jacht — nind Kimm'is auf wof fe fflimm,  
Ist miß Limbu Bin L...w, ist d'auße von Vim.  
Mit Sans f'oyf'ünngswoll  
Valerie Meyden

arte 15.228 67  
353  
in Divallion von  
Sunlicht-Gesellschaft  
A.G.  
Mannheim-Rheinau

**VIM** das Putz- u. Scheuermittel für täglichen Bedarf

# Die Tschekisten untereinander.

## Margies bringt weitere Bestätigungen.

35. Leipzig, 23. Februar.

Zur heutigen 10. Verhandlungstag im Tscheka-Prozess wurde in der Vernehmung des Angeklagten Margies fortgefahren, der sich zunächst gegen die des öfteren wiederholte Darstellung Neumanns verwahrte, daß er, Margies, Sprengstoffe „gelaut“ habe. Aus, in anderen Punkten, so erklärt Margies, sei Neumanns Aussage durchaus nicht als „Evangelium“ zu betrachten, so hinsichtlich seiner Darstellung über die Bazillenerperimente mit dem Versuchsanstehen. In längeren Ausführungen sucht sich dann Margies gegenüber den gegen ihn erhobenen Vorwürfen wegen der Herstellung von Dumbum-Munition zu verteidigen. Seine Munition sei ihm, wie er jetzt angeben wolle, von der Düsselbacher Polizei gleichzeitig mit der bei ihm beschlagnahmten Parabellumpistole „geliefert“ worden. In Heidelberg bei der beabsichtigten Erledigung des Falles Jauche habe nicht er, sondern Poegel die betreffende Munition durch Abschleifen der Spigen in Dumbumgeschosse umgewandelt. Margies kam dann auf die dem Aktenstandsplan gegen Seede folgenden Fälle zu sprechen, und zwar habe er zu dem Erledigungsprogramm in Sachen Borzig einen konkreten Vorschlag beigelegt, der sich auf die Tatsache bezog, daß Borzig sich auf einem Jagdausflug befand, wobei Margies Neumann erklärt haben will, wie leicht ein „zufälliger“ Schuß losgehen könnte.

Zum Fall Rausch bekennt Margies, daß er zur Erledigung dieses Spiegels zuerst mitgegangen sei, ohne zu wissen, was Neumann im Schilde führe. Neumann habe ihm dann seine Briefstache zur Aufbewahrung übergeben und er habe während der Tat auf die anderen in einem Hühner-Gesamt gewartet und erst nachträglich von Poegel erfahren, was mit Rausch vorgegangen war. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er mit dem ihm anvertrauten Briefschaften Neumanns im Falle von dessen Verhaftung angefangen hätte, erklärt Margies, daß er

**In diesem Falle „Helmut“ in der Russischen Postkassette aufgebracht hätte.** Allerdings habe er keine Kenntnis über einen angeblichen „General Wolf“, dem Sieger von Kronstadt, erst der Anklageschrift zu verdanken. Zur Fahrt der Neumannschen T-Gruppe nach Südwestdeutschland wird Margies zuerst vom Vorsitzenden gefragt, was er sich damals eigentlich über die dort zu erledigenden Aufträge gedacht habe, worauf Margies entgegnet: Gedacht habe ich mir allerdings allerlei, aber die Frage wollen wir doch hier beiseite lassen. Ueberhaupt war es nicht Neumanns Art, Aufträge nach Kofferschweizermanier noch vorher zu „befahren“. Auch war Neumann während der Autofahrt sich selbst anscheinend noch gar nicht klar darüber, was er eigentlich ausführen sollte.

Margies erzählt dann weiter, daß das Reisegeld für die Fahrt nach Südwestdeutschland in Dolla von einer unbekannten Persönlichkeit überbracht worden sei. In Frankfurt habe ihm dann Neumann bei einer Unterredung gestanden, daß er den Rausch nicht haben lassen wolle. Er werde künftig kein Menschenleben mehr auf sein Gewissen nehmen und distell ihn, Margies, dringend, den Spiegel Jauche in Heidelberg so zu erledigen, daß dieser nicht getötet werde. — Wir war das unverständlich und unympathisch, so erklärte Margies, ich habe auch Neumann gegenüber meine Ansicht vertreten, daß Jauche getötet werden müsse, wenn er sich tatsächlich als Spiegel erweise. Von diesem Augenblick an war die ganze Expedition nach Mannheim und Heidelberg nur eine Komödie.

Bei der Schilderung des Heidelberger Aufenthaltes betont Margies u. a., daß die blutrünstigen Aussprüche, die ihm der Angeklagte Poegel in den Mund lege, sämtlich erfunden seien. Poegel habe anscheinend das Bestreben, einen ganz schwarzen Hintergrund zu malen, von dem sich seine eigene traurige Gestalt etwas heller abheben sollte. Seine ganze Darstellung des Falles Jauche sei reine Phantasie.

Darauf tritt eine kurze Pause ein.

### Der Spiegelsumpf.

Bei der Schilderung des Stuttgarter Aufenthaltes betont Margies seinen Verdacht gegen den Angeklagten König, der ihn einmal zu einem Treffpunkt bestellt habe, wo er, Margies, als er zehn Minuten zu früh eintraf,

den König in einer Gruppe von Postbeamten stehen sah.

Ich konnte noch rechtzeitig entweichen. Ich will aber ruhig zugeben, wäre es damals zu einem Zusammenstoß gekommen, dann hätte es auch Menschenleben gekostet. So ohne weiteres lasse ich mich nicht „verschütten“ gehen.

In drastischer, geradezu humorvoller Weise schildert dann Margies den weiteren Verlauf der Stuttgarter Geschehnisse: Poegel erhielt von Neumann einen Totschläger, um Weibel niederzuschlagen und König sollte ihm mit einem Kassermetz die Schlagader durchschneiden. König nahm gleich zwei Kassermetze mit, worüber Neumann und ich uns noch amüsierten, denn wir wußten doch genau, daß die beiden doch nichts machten und wir hätten es gar nicht so weit kommen lassen, denn wir behielten ja immer die Zügel in der Hand. Wenn es so weit gekommen wäre, dann hätten wir nur das Wort fallen lassen brauchen: „Polizei hinter uns!“ Glauben Sie vielleicht, daß Poegel dann noch zugeschlagen hätte?

Borzig: Dann waren Sie also alle Verräter.

Margies: Ja, wir mußten aber bis zum 1. März die Fittion aufrechterhalten. Das hatte Neumann und ich ausgemacht.

Borzig: Neumann sagt doch aber, es sei ihm damals ernst gewesen. Margies: Neumann ist merkwürdigerweise in der Voruntersuchung damit gar nicht rausgerückt, obwohl ich ein paar mal Andeutungen gemacht habe. Neumanns Prinzip war es, nicht zu morden. Er wollte auch den Rausch nur verwunden, um einmal der Gruppe eine Leistung zu zeigen.

Zum Fall des Nordonschlages auf den Minister Holz schildert Margies dann die betreffenden Vorbereitungen als ebenfalls nicht ernsthaft und meint zum Schluß trocken: Wir wollten uns Holz bei einer Rede im Siedehaus mal ansehen, statt dessen haben wir uns die Zelle des Polizeigefängnisses von innen angesehen.

Borzig: Sie sollen den Vorschlag gemacht haben, eine Bombe auf den Minister zu werfen.

Margies: Ich entsinne mich dessen nicht genau, aber es ist ganz gut möglich. Das entspricht so ganz meiner Natur, besonders in Stuttgart.

Borzig: Weshalb haben Sie denn diesen Vorschlag gemacht?

Margies: Um der Sache Poegel gegenüber doch ein ernsthaftes Gesicht zu geben. — Dann kommt er auf den Fall Schlotter zu sprechen und insbesondere darauf, daß Poegel den Beamten niederzuschlagen und König ihm den Hals abschneiden sollte. Wenn wir warten sollten, bis Poegel rangiert, dann hätten wir schwarz werden können. Poegel ist gerade der richtige Mann zu einer solchen Tat und bei König, der in Polizeidienst stand, war es auch nicht gerade wahrscheinlich, daß er gegen einen Polizeibeamten vorgehe.

Die beiden haben uns Komödie vorgespielt und wir haben ihnen was vorgemacht!

Borzig: Sie haben also alle Theater gespielt? (Heiterkeit.)

Margies: Jawohl, bloß, daß die uns jetzt hierher gebracht haben, weil sie die Hilfe der Polizei hatten, die wir nicht befehlen. Ra, es ist wenigstens ein Trost, daß sie jetzt auch hier bei uns sitzen. (Heiterkeit.) Zum Schluß schildert Margies seine Verhaftung in dem Augenblick, als der Kraftwagen der Gruppe Stuttgart verlassen wollte und Polizeiautos ihm den Weg versperrten. Ueber die Art und Weise, wie man verhaftet habe, von ihm ein Geständnis zu erpressen, werde er sich später äußern, wenn der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Bühner (Stuttgart) vernommen werde.

Ueber die Widersprüche zwischen den Darstellungen Neumanns und Margies zum Fall Borzig kommt es zu längeren Auseinandersetzungen, die mit dem Antrag der Verteidigung beendet werden, Herrn von Borzig als Zeugen zu laden. — Neumann widerspricht den Bekundungen Margies in einer ganzen Reihe von Punkten und betont vor allem, daß es ihm mit dem ihm übertragenen Auftrage durchaus ernst gewesen sei. Im Falle Jauche habe er nur den Wunsch ausgesprochen, daß Poegel die Tat durchführen sollte, weil diesernicht so brutal vorgehen würde wie Margies, dessen verschiedene Vorschläge ihm unympathisch gewesen seien. Nach längeren Erörterungen vermahnt sich der Angeklagte König dagegen, daß er bis zu seiner Verhaftung mit der Polizei in Verbindung gestanden habe. — Margies bleibt demgegenüber bei seiner Darstellung. Eine lebhafte Diskussion entspinnt sich dann über die Behauptungen Margies, daß Neumann bei der vorher geschiederten Unterredung in Frankfurt sich in einem Zustand befunden habe, der bei ihm meistens aufgetreten sei, wenn er Alkohol zu sich genommen habe. Als Neumann das Vorhandensein solcher Zustände entschieden in Abrede stellt, erklärt Margies, daß Neumann sich in einem solchen Zustand auch in Erfurt befunden habe, wo er ebenfalls ange-trunken gewesen sei.

### Unter Alkohol.

Neumann: In Frankfurt war ich nicht angeheitert, wohl aber in Erfurt, wo wir an einem Badbierfest teilgenommen hatten. Andere waren aber betrunken, z. B. Poegel. Ich will aber grundsätzlich ablehnen, über Fragen zu sprechen, die mich zwingen, meine Mitangeklagten persönlich zu kompromittieren. Ich möchte ja sonst auch sagen, wie diejenigen, die sehr betrunken waren, sich abends in ihrem Hotelzimmer vergangen haben.

Margies: Ich war der einzige Nüchterne, denn ich bin seit meiner Kindheit Abstinenz. Ich verabscheue Alkohol, beobachte aber diejenigen, die Alkohol zu sich genommen haben. In Erfurt waren Zustände eingerissen, daß die ganze Reise auf dem Spiel stand. — Sjon erklärt meinerseits, er fahre sofort nach Berlin zurück. Neumann benahm sich wie ein Hauptmann zu seinen Rekruten, hauchte alle der Reihe nach an und erlärte schließlich: „Ich verkehre mit Euch nur noch dienstlich. Ihr habt mit mir nicht mehr persönlich zu verkehren.“

Angelst. Neumann: Das Benehmen einzelner am diesem Abend war so, daß die Sicherheit der Gruppe gefährdet war, deshalb lehnte ich für die Zukunft solche gesellschaftlichen Zusammenkünfte ab, um nicht die Gruppe zu kompromittieren. — Unter allgemeiner Heiterkeit gibt Neumann einige Details zum besten, wie sich seine betrunkenen Gruppenmitglieder nachts in ihren Hotelzimmern ausgeführt haben, was den Vorsitzenden zu dem Bemerkten veranlaßt, Neumann brauche sich doch darüber nicht so aufzuregen, er sei doch auch ange-trunken gewesen und habe seine Aufgabe an jenem Abend auch aus den Augen gelassen.

Um 1/2 Uhr trat eine 2 1/2 stündige Mittagspause ein. Während der Pause trat der Gerichtshof mit der Verteidigung zu einer Konferenz zusammen, in der die Möglichkeit einer Durchführung des Prozesses während der Zeit der Leipziger Messe erörtert wurde.

### Der fünfte im Bunde.

Nach der Mittagspause wurde der fünfte Angeklagte, der Hilfskassierer Sjon, vernommen. Von 1913 bis 1918 gehörte er der SPD, der USPD, und der Kommunistischen Arbeiterpartei an. Mitglied der SPD war er dagegen nicht, erklärte auch auf Befragen des Vorsitzenden, daß ihm die Ziele dieser Partei nicht bekannt seien. Sjon, der wegen eines Hörleidens ganz taub vor den Richtertisch treten muß, schildert dann, wie er von Neumann verpflichtet wurde, zunächst für den Kraftwagen, später für die Gruppe, und zwar erklärte er, daß die Verpflichtung weder auf die Person Neumanns, noch auf irgendeinen Bund, noch auf die Kommunistische Partei erfolgt sei. Sjon war

von Neumann in den Aktenstandsplan gegen Seede eingeweiht

und hatte die Aufgabe erhalten, am Kemperplatz mit einer Autodroschke auf den mit einem Fahrrad vom Reichswehrministerium kommenden Schadowski zu warten und die Nachricht von dem Tode des Generals von Seede den am Reitweg wartenden Gruppenmitgliedern zu überbringen. An der Beobachtung in der Umgebung des Reichswehrministeriums will Sjon nicht beteiligt gewesen sein.

Am Anhalter Bahnhof hat der Angeklagte zusammen mit Neumann auf Seede gewartet, durfte aber, angeblich auf Anweisung Neumanns, weder Papiere noch eine Waffe bei sich tragen. Neumann selbst habe dann mit einem Kol erklärt: „Du, ich habe meine Kanone verfallen.“

Borzig: Was hatte denn nun das alles für einen Zweck?

Sjon: Neumann wollte wohl nur sehen, ob der General von Weimar wieder zurückkam.

Borzig: Früher haben Sie aber etwas anderes ausgelegt. Wissen Sie etwas von dem Fall Stinnes?

Angelst: Nein.

Borzig: Kommt Fall Borzig auch nicht? Haben Sie nicht mit Margies zusammen die Villa Borzigs in Ziegel beobachtet?

Sjon: Das weiß ich nicht, es mag aber möglich sein. Von der Sache Rausch, so erklärte Sjon weiter, habe er erst Anfang Januar 1924 erfahren. Rausch sei ein Spigel gewesen, dem man anfänglich „eins auf die Decke“ geben wollte. — Ich als einziger Drstkundiger in Berlin sollte die Vorbereitungen übernehmen, ich habe mich dagegen geweigert, drang aber gegenüber Neumann nicht durch, der u. a. erzählte, wir müßten nach der Tat sofort ins Ausland gehen. Daaon, daß er einen Auftrag von einem gewissen „Heimuth“ habe, hat mir Neumann nichts erzählt. Dem Rausch, so sagte Neumann damals, soll weiter nichts passieren, als daß er einen Denzettel für seine Spigelei bekomme.

Borzig: In der Voruntersuchung haben Sie gesagt, einen solchen Denzettel, daß er nichts mehr verraten kann, d. h. doch soviel wie töten.

Sjon: Neumann hatte mir doch vorher gesagt, daß er ihn gar nicht töten wolle. Bei dem Auszug nach Südende, der zur Erledigung des Rausch führen sollte, hatte Sjon die Rolle des Führers zu einer geeigneten Stelle in einer dunkeln Straße zudiktieren erhalten, wurde aber von den mit Rausch in einiger Entfernung folgenden Mitgliedern der Gruppe bald aus den Augen verloren. Was dann später in der Wohnung des Rausch in der Oberberger Straße mit diesem geschehen sollte, will Sjon, der in der Nähe des Hauses mit einer Autodroschke wartete, vorher nicht gewußt haben. Nach der Tat war, als wir in einer Wohnung zusammen waren, Neumann sehr erregt, so daß Poegel ihn beruhigen hat. Ob sie sich nun einen Ruh gegeben haben, weiß ich nicht.

Borzig: Hat er nicht geäußert: „So, der sagt nichts mehr.“?

Sjon: Er sagte, der sagt nicht gleich wieder was zur IA.

Borzig: Weshalb hatten Sie denn als Gruppenmitglied eine Pistole erhalten?

Sjon: Neumann gab sie mir mit dem Bemerkten, ich könnte sie für den Fall, daß ich sie einmal brauche.

Borzig: Wissen Sie etwas davon, daß „Heimuth“ und Neumann nach Erledigung des Rausch eine Unterredung hatten und daß die Gruppe Geld erhalten sollte?

Angelst. Sjon: Ich habe davon gehört, das Geld wurde aber nicht angenommen, und zwar bei damals „Helmut“, nach den Erzählungen Neumanns, als Geldgeber aufgetreten. Weiter erklärte Sjon, daß nach der Verübung der Tat in der Oberberger Straße Neumann beim Einsteigen in das zur Flucht bereitstehende Auto gestolpert und ganz außer Fassung gewesen sei, wobei er mühselig nach Luft geschnappt habe. Für die Fahrt nach Südwestdeutschland war Sjon ursprünglich als Kurier bestimmt, der die Verbindung mit Berlin aufrecht erhalten sollte.

Die Erörterung der betannten Stuttgarter Vorgänge ergibt keine neuen Momente. Sjon will weder die Missetat, Weibel zu ermorden, noch die der Tötung des Kriminaloberwachmeisters Schlotter gehabt haben. Bei der Beobachtung des letzteren ist er dann als erster der Gruppenmitglieder am 18. Februar, also neun Tage vor der Verhaftung der übrigen Mitglieder, von der Stuttgarter Polizei verhaftet worden. Der Vorsitzende macht den Angeklagten im Anschluß hieran auf die Widersprüche seiner jetzigen Darstellung und seiner Bekundungen in der Voruntersuchung aufmerksam, u. a. hatte er früher ausgesagt, daß Neumann, der ihn als den Führer eines Geschäftsautos kannte, ihm den Vorschlag gemacht habe, für einen bestimmten Zweck ein auf der Straße stehendes Privatauto zu entführen. Ebenso ist im ersten Protokoll die Bemerkung enthalten, daß er, Sjon, mit der Kommunistischen Partei stark sympathisiere. Hierzu erklärt der Angeklagte heute, diese Aussage habe er widerrufen wollen. Er sei daran aber nicht nur als Untersuchungsrichter, sondern auch von Poegel gehindert worden, der ihn als einen „Schwindler“ bezeichnet habe. Ferner habe er früher ausgesagt, daß er hinsichtlich der Herkunft der Gelder vermutet habe, daß sie von der Kommunistischen Partei stammten.

Der Vorsitzende stellt dann auf den Einwurf eines Verteidigers fest, daß Sjon seine erste Angabe vor der Polizei bei seinen späteren Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter voll und ganz erhalte und in keinem Punkt widerrufen habe. Auf eine Frage, weshalb er denn vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Vogt, nicht seine Absicht, seine polizeilichen Protokolle zu berichtigen, wahrgemacht habe, erklärt Sjon, Landgerichtsdirektor Vogt habe ihm erklärt, er sei nicht zugebe, „Helmut“, Hufe und Heinz Neumann zu kennen, könne er seine Aussage nicht berichtigen. Ueber Landgerichtsdirektor Vogt hätten auch Poegel und Neumann versucht, ihn zu dieser Aussage zu veranlassen.

Seitens der Verteidigung wurde hierauf gegen die weitere Verlesung dieser Protokolle über die ersten Vernehmungen Sjons protestiert mit dem Hinweis, daß nach der Aussage des Angeklagten es sich hier um eine falsche Beurkundung des Geschehenes handele, und zwar insoweit, als etwas beurkundet sei, was dem an einem schweren Hörleidenden Angeklagten Sjon gar nicht zum Bewußtsein gekommen wäre. Schließlich beantragte Rechtsanwalt v. Bagnato wiederum einen Gerichtsbescheid. Der Antrag wurde abgelehnt und in der Verlesung der Protokolle fortgefahren.

Borzig zu Neumann: Sjon sagte, er sei nicht auf die Partei verpflichtet worden.

Neumann: Ursprünglich hatte ich ihn als Chauffeur verpflichtet. Weil er wegen seiner Schwerhörigkeit keinen Führerschein bekommen hätte und weil mir der Leiter der kommunistischen Parteizelle „Ernst“ erklärte, es sei sehr schwierig, einen falschen Führerschein herzustellen, bin ich davon abgetommen und habe ihn

für die Gruppe verpflichtet und zwar mit der üblichen Formel ausdrücklich auf die Partei.

Von wem ich den Auftrag zur Bildung der Gruppe hatte, teilte ich ihm zuerst nicht mit. Von „Helmut“ hat er erst später gehört.

Sjon: Neumann hat „Helmut“ immer nur als Geldgeber bezeichnet.

R. v. Bagnato: Konnte Neumann den Sjon als einen Nichtkommunisten auf die Kommunistische Partei verpflichten?

Neumann: Sjon war Mitglied des Sportklubverbandes wie ich und ging dann, wie ich, zur kommunistischen Arbeiterpartei, ohne aber, wie ich, später zur kommunistischen Partei überzutreten. So war mir freigestellt, Leute in meine Gruppe aufzunehmen, die ich persönlich als tüchtig und einwandfrei kennengelernt hatte, wenn sie auch nicht der Partei angehörten.

Wenn man infolge Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität u. das Bedürfnis nach einer gründlichen Kräftigung und Auffrischung verspürt, dann versuche man das wohlgeschmeckende Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemeres und angenehmeres Mittel; keines erfreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine auffallende Besserung des Aussehens ein. Man fühlt sich geradezu wie verjüngt. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes angeblich „Ebenjogurt“, Achte genau auf das Etikett.



Neu Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 30 Pf., und Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. Erhältlich in Apotheken, Drogenhandlungen und einschlägigen Geschäften. Preis einer Dose Biomalz 1.90 M., mit Lecithin 5 M., mit Eisen (für Blutarme und Bleichsüchtige) 2.20 M., mit Kalk extra (für Lungenleidende) 2.50 M. Druckschriften auf Wunsch umsonst und postfrei. Gebr. Paternmann, Teltow-Berlin 10.

**R. A. Dr. Samler:** Also auch unter Umständen Mitglieder der Rechtsorganisationen.

**Neumann:** Das ist eine Schlussfolgerung, die vielleicht Herr R. A. Dr. Samler ziehen kann, aber nicht ich als Kommunist. (Heiterkeit.) Die kommunistische Partei nahm bekanntlich auch Sympathisierende auf.

**Vandgerichtsrat Fjögel:** Wird die Familie Sjón von der A.P.D. unterstützt?

**Sjón:** Es kann sein, ich weiß es nicht, möglicherweise auch von der „Roten Hilfe“.

**Vandgerichtsrat Fjögel:** Wer hat dem Sjón einen Verteidiger verschafft?

**R. A. Dr. Wolf (sehr erregt):** Ich beantworte diese Frage. Sjón: Meine Frau hatte mit Dr. Samter gesprochen, der mir einen Verteidiger verschaffen wollte.

**Vandgerichtsrat Fjögel:** Und von wem hat Sjón den Paß auf den Namen Seifert erhalten?

**Sjón:** Von Neumann.

**Vandgerichtsrat Fjögel:** Und von wem hatte ihn Neumann?

**Sjón:** Von Ernst. (Dem Leiter der kommunistischen Pöbstelle.)

**R. A. Dr. Wolf:** Ist dem Angeklagten Neumann nicht bekannt, daß die kommunistische Arbeiterpartei mit der kommunistischen Partei sympathisierte, daß Führer der A.P.D. an einem Kongreß der kommunistischen Internationale in Moskau teilnahmen?

**Neumann:** Aber nur, um die Frage „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus“ zu klären. Zu einer Einigung ist es aber nicht gekommen.

**R. A. Dr. Wolf:** Die kommunistische Partei hat die Mitarbeit eines nicht organisierten Mitgliedes aber ausstritt abgelehnt.

**Neumann:** Ein Mitglied der A.P.D. konnte natürlich keine Tätigkeit im Auftrag der A.P.D. ausüben, aber Sjón war ja damals nicht mehr Mitglied der A.P.D., sondern sympathisierte stark mit der A.P.D. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß die kommunistische Partei sogenannte Kontrollanschnüsse ins Leben gerufen hat, die wohl auch den Herren Anwälten bekannt sind und die die Lebensmittelgeschäfte übernahm. In diesen Ausschüssen waren auch Leute tätig, die nicht Mitglieder der kommunistischen Partei waren.

**In diese Antwort Neumanns knüpfen sich weitere politische Erörterungen zwischen ihm und der Verteidigung. Dann äußerte sich Neumann zu der Darstellung Sjóns im Folle Seckel und Rauf, die er in verschiedenen Punkten als nicht richtig bezeichnete, indem er demgegenüber bei seiner Darstellung bleibt. So betont er vor allem, daß Sjón von dem Zweck der Reise nach Süddeutschland vollständig unterrichtet gewesen sei. Ebenso sei es nicht wahr, daß er den Sjón durch Drohungen zum Mitmachen veranlaßt habe. Er habe niemals bei seiner Gruppe mit Gewalt gehandelt, wie ja auch die Tatsache beweise, daß er den jetzigen Mitangeklagten Neus ohne weiteres aus dessen Wunsch aus der Gruppe entlassen habe. Auch nach der Erledigung des Rauf habe er dem Voegel sofort angeboten, ihn aus der Gruppe zu entlassen und mit solchen Papieren nach Rußland zu schicken.**

**Am 17 Uhr abends wurde dann die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr verlegt.**

**Über die Durchführung des Prozesses während der Reise wurde zwischen dem Gericht und den Verteidigern eine Vereinbarung dahin getroffen, daß während der Reiseweche zuerst nur eine Verhandlung am Dienstag, den 3. März, stattfinden soll, die so gelegt wird, daß die Prozeßbeteiligten dazu morgen von Berlin nach Leipzig und abends von dort nach Berlin zurückkehren können. Am vorletzten Tag der Reise, am Freitag nächster Woche, sollen dann die Verhandlungen normal wieder durchgeführt werden. Auf diese Weise werden die beschriebenen Fristen eingehalten.**

## Barmat-Bureauklatsch.

Keiner weiß etwas.

Der Preussische Untersuchungsansatz hielt gestern seine vierzehnte Sitzung ab. Der Vorsitzende gab zunächst davon Kenntnis, daß der Zeuge Barmat nach einer Mitteilung seiner Frau verstorben ist. Dr. Leidig macht weiter Mitteilung von einem Schreiben des schlesischen Grafen Dr. Gradnauer, der sich gegen die Zeugen-aussage wendet, wonach er von Barmat tausend holländische Gulden erhalten haben soll. Gradnauer gibt an, es habe sich um einen wesentlich geringeren Betrag gehandelt, der ausschließlich zu wohltätigen Zwecken Verwendung gefunden habe.

Auch der frühere Reichs-Industrie- und Handelsminister Robert Schmidt wendet sich gegen verschiedene Zeugenaussagen, die ihn betreffen. Er erbietet sich, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Ferner teilt der frühere preussische Ministerpräsident Paul Hirsch mit, daß er sich weder schriftlich noch mündlich für Barmat verwenden habe. Die Industrie- und Handelskammer Berlin wendet sich gegen Erklärungen des Sachverständigen David Boer, der die Aussagen des Abg. Oscar Reyer als unrichtig hingestellt hatte. Die Handelskammer stellt demgegenüber fest, daß die Erklärungen Reyers sämtlich zutreffen und nachweislich seien. Reyer sei von der Kammer beauftragt worden, alles etwa nach dem Ausschuss gewünschte Material vorzutragen.

Darauf wird in die Zeugenernehmung eingetreten. Zu dieser Sitzung sind geladen: Frau Margarete Bief, geb. Endersat aus Kaufmann, die früher im Bureau des Reichspräsidenten tätig war, ferner der Obersekretär Bey aus diesem Bureau und die Schriftsteller Baumeister und Davidsohn. Zunächst wird vernommen

Frau Bief.

Sie war 1919 im Bureau des Reichspräsidenten beschäftigt als Stenotypistin bei dem gleichfalls dort tätigen verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Franz Krüger. Sie erinnert sich, daß Herr Barmat zu Krüger ins Bureau kam. Sie hat auch noch Krügers Diktat Empfehlungsschreiben für Barmat geschrieben.

**Professor Dr. Leidig:** Haben Sie mit dem Herrn Reichspräsidenten irgendwelche Beziehungen gehabt? (Große Heiterkeit.) Ich meine natürlich, ob der Herr Reichspräsident einmal ins Bureau kam und Ihnen etwas diktierte.

**Zeugin Bief:** Nein! — Auf weitere Fragen erklärt die Zeugin: Krüger habe sich nicht darüber geäußert, daß er vom Reichspräsidenten eine Rüge erhalten habe. Er habe nur einmal, als Barmat schon zum drittenmal kam, sich unwirsch darüber geäußert, daß Barmat schon wieder komme. Auch sonst habe Krügers Verhalten den Eindruck erweckt, daß ihm die Ausstellung der Empfehlungen für Barmat unangenehm war. Es sei durchaus nicht ungewöhnlich, sondern die Regel gewesen, daß Briefe herausgingen mit der Unterschrift: „Der Reichspräsident, J. A. Krüger.“ Barmat kam manchmal auch in Begleitung anderer Personen. Auf eine Frage des Abg. Dr. Deenberg (Dnat.), ob auch Abg. Hellmann einmal dabei war, erklärt die Zeugin, daß sie Hellmann nicht kenne. Als sich dann Abg. Hellmann unter allgemeiner Heiterkeit vorstellt, erklärt die Zeugin, daß er nicht bei diesen Besuchen zugegen gewesen sei.

Auf eine Frage des Abg. Körner (Dnat.) befindet die Zeugin, die Empfehlungsschreiben für Barmat habe sie auf ausdrückliche Anordnung Krügers ohne Kopie geschrieben.

## Oberregierungssekretär Bey

aus dem Bureau des Reichspräsidenten, der dann als Zeuge vernommen wird, ist in diese Stellung gekommen, nachdem er vorher Privatsekretär Franz Krügers bis zum August 1919 war. Er erklärt, ihm seien Krügers Grenzempfehlungen für Barmat dienstlich nicht bekannt geworden. Julius Barmat habe aber einmal von dem Telefonapparat des Zeugen aus ein Privatgespräch nach Amsterdam geführt ohne Wissen des Reichspräsidenten und Krügers, der damals in Weimar war. Nach Krügers Rückkehr habe er, der Zeuge, ihn erst von diesem Telefongespräch unterrichtet. Krüger sei am 15. August 1919 aus der Bureau des Reichspräsidenten ausgeschieden.

**Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.):** Das kann nicht stimmen, denn ein Empfehlungsschreiben, in dem Krüger Grenzempfehlungen für einen Angestellten Barmats nachsucht, ist vom 26. August datiert. Von dem Telefongespräch Barmats muß Krüger auch gewußt haben, denn in seiner Antwort auf die Rüge des Reichspräsidenten führt er die Gründe an, aus denen er Barmat des Telefongespräch gestattete habe.

Der Zeuge erklärt darauf, Krüger habe die von ihm bearbeiteten Verwaltungssachen auch nach seinem formellen Austritt bis zur Erledigung weitergeführt.

Auf verschiedene andere Fragen erklärt der Zeuge, Krüger habe mit ihm über seine privaten Angelegenheiten nicht gesprochen. Krügers Schreiben an den Reichspräsidenten über das Telefongespräch sei ihm nicht zur Kenntnis gekommen. Dem Zeugen ist ferner nichts bekannt davon, ob irgendwelche Dinge ohne journalistische

## Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für März noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumnis nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

**Vorwärts-Verlag G. m. b. H.**

fert zu sein und ohne Kopie hinausgegangen sind. Es hätte zu einer solchen Handlung die Zustimmung des Reichspräsidenten eingeholt werden müssen. Barmat ist dem Zeugen durch Krüger vorgestellt worden. Ob ein Privatbrief von Krüger mit der Erlaubnis der Telefonbenutzung von Barmat beigebracht wurde, ist dem Zeugen nicht bekannt.

Die Vernehmung ist damit beendet und es beginnt die Anhörung des Zeugen

Baumeister.

Der Zeuge stellt zunächst an den Vorsitzenden die Frage: Kann der Ausschuss jemand zur Aussage zwingen? **Vorsitzender:** Auf Grund der Strafprozessordnung ja. **Zeuge Baumeister:** Woraus soll ich die moralische und sachliche Qualifikation derjenigen Herren erkennen, die mich hier verurteilen wollen?

**Vorsitzender:** Sie brauchen darauf weiter kein Vertrauen zu setzen. Die Preussische Verfassung bestimmt die Zusammensetzung dieses Ausschusses und Sie müssen sich damit abfinden. Zur Sache kehrt: Es wird behauptet, daß Sie 1919 innerhalb der SPD, auf die Beziehungen zwischen Barmat und der SPD, hingewiesen haben.

**Baumeister:** Meine Hinweise richteten sich lediglich auf Starnz.

**Vorsitzender:** Hier handelt es sich um Barmat.

**Baumeister:** Ich kenne keinen Barmat, habe niemals mit ihm in Beziehungen gestanden. Ich habe damals nur schriftliche Niederlegungen gemacht, die ich aus der Hand gegeben habe Herrn Sollmann. Seit sechs Jahren habe ich keine Zeile mehr geschrieben. Ich weiß positiv über den Fall Barmat nichts.

**Vorsitzender:** Der Zeuge Davidsohn hat erklärt, er habe von Ihnen gewisse Mitteilungen über Barmat bekommen.

**Zeuge Baumeister:** Ich habe nur geräuschweise über Barmat erfahren und nur schriftlich Vortrag an einen Ausschuss meiner Partei gehalten. Es ist mir nicht bestimmt in Erinnerung, daß der Name Barmat dabei überhaupt erwähnt worden ist.

**Abg. Körner (Dnat.):** Der Zeuge Davidsohn hat behauptet, daß Sie über die Geschichte der deutschen Butterhändler etwas Näheres aussagen könnten, an denen wohlgebende Führer der Sozialdemokratie, sogar Herr Ebert selbst beteiligt gewesen seien.

**Zeuge Baumeister:** Die letztere Behauptung ist auf jeden Fall unrichtig. Ebert ist doch noch bekannt worden der Starnzfrage von der ganzen Angelegenheit oberhalb.

**Abg. Körner (Dnat.):** Der Zeuge Davidsohn hat doch den Fall Starnz so dargestellt, daß Starnz Lieferungsverträge zu erhalten suchte und ihre Ausführung dann Barmat übernommen hat.

**Zeuge Baumeister:** Davon habe ich nichts gehört.

**Abg. Schöning (Z.)** erklärt darauf, daß man nicht zur weiteren Vernehmung des Zeugen Baumeister schreiten könne, wenn der Zeuge Davidsohn nicht hier ist. Der Redner gibt seiner Verwunderung über die Nichtanwesenheit von Davidsohn Ausdruck, da dieser ja zu der heutigen Sitzung geladen war.

**Vors. Dr. Leidig** stellt dazu fest, daß Davidsohn durch eine Reise nach dem Westen verhindert ist. Er fragt den Zeugen Baumeister, ob er am Mittwoch nochmals als Zeuge erscheinen könne, worauf Baumeister erwidert: Jawohl, wenn es Ihnen Vergnügen macht. (Dieser Ausdruck wird vom Vorsitzenden gerügt.)

Es entspannt sich dann eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, den Zeugen Baumeister nochmals, und zwar gleichzeitig mit Davidsohn und Sollmann zu hören.

Der Ausschuss erklärt sich mit der nochmaligen Vernehmung des Zeugen Baumeisters am Mittwoch einverstanden. Damit ist die heutige öffentliche Sitzung beendet. Es schließt sich daran eine kurze nicht öffentliche Verhandlung.

Nächste Sitzung Dienstag vormittags 10 Uhr.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind Berlin G. M. 64, Lindenstraße 2.

Hierzu an den Bezugsbevollmächtigten, 2. Col. 2. Temp. rechts, zu richten.

**Achtung, Kassierer!** Der Beschluß, daß alle Kassierer in jedem Monat eine Abschlagszahlung zu leisten haben, besteht noch immer. — Trotzdem haben bis heute 33 Kassierer größerer Abteilungen noch nichts gezahlt. — Diese werden hierdurch nochmals dringend zur Zahlung aufgefordert. J. A. Weg Pagels.

9. Kreis Männerchor: Am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Victoria-Garten: Repräsentanten Abend-Tagung. Die deutsche Republik und der Reichstag. Ref.: Reichspräsident Herr Gen. Dr. Treitschke. Gäste willkommen.

4. Kreis Frauenchor Berg, Mittwoch, den 26. Februar, 7½ Uhr, Sitzung des engeren Ausschusses bei Frau Zankke, Straße 71.
17. Kreis Frauenchor, Montag, den 25. Februar, 8 Uhr, abends des Auftrags: „Die deutsche Republik und der Reichstag“ Ref.: Reichspräsident Herr Gen. Dr. Treitschke. Gäste willkommen.
18. Kreis Frauenchor, 7½ Uhr Kreismitgliederversammlung Haus des Ratens am Sonntag, Montag, den 26. Februar, 10 Uhr. Ref.: Reichspräsident Herr Gen. Dr. Treitschke. Gäste willkommen.

**Heute, Dienstag, den 24. Februar:**

21. abends 8 Uhr Kreismitgliederversammlung, 1 (Zugheim), Mitgliederversammlung. „Das proletarische Kind“ von der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkassen. Gäste willkommen.
- Jugendstärkungstrupp, 7½ Uhr Jugendheim Hermannstraße, 67 (Obaum). Mitgliederversammlung.

**Mitgliederversammlungen und Jubiläum am Mittwoch, den 25. Februar:**

1. Abt. 7½ Uhr unter Frauenvereinsvereins, Engelstraße 25, Vortrag des Gen. Arbeiters Ebert: „Was muß der Arbeiter über die Ausbeutung wissen?“
2. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Was ist Sozialismus?“
3. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Partei.“
4. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die innere politische Lage und die Stellung der Partei.“
5. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
6. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
7. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
8. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
9. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
10. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
11. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
12. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
13. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
14. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
15. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
16. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
17. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
18. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
19. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
20. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
21. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
22. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
23. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
24. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
25. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
26. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
27. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
28. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
29. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
30. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
31. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
32. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
33. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
34. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
35. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
36. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
37. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
38. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
39. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
40. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
41. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
42. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
43. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
44. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
45. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
46. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
47. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
48. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
49. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
50. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
51. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
52. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
53. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
54. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
55. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
56. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
57. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
58. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
59. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
60. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
61. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
62. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
63. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
64. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
65. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
66. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
67. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
68. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
69. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
70. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
71. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
72. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
73. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
74. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
75. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
76. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
77. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
78. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
79. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
80. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
81. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
82. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
83. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
84. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
85. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
86. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
87. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
88. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
89. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
90. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
91. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
92. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
93. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
94. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
95. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
96. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
97. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
98. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
99. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“
100. Abt. 7½ Uhr bei Fritze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Gen. Dr. Schulz: „Die politische Lage und die Stellung der Partei.“

**Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**

20. Abt. Am 19. d. M., befristet Gen. Carl Sander, Kolonnenstr. 72, Einlieferung Mittwoch, den 26. Februar, 7½ Uhr, Aemulatorium Reichstraße, 79, Abt. Schöning. Satz der Kolonnenbeurteilung am 20. Februar, befristet Gen. August Schöning, Gehrenstr. 21, Einlieferung Mittwoch, den 26. Februar, Aemulatorium Wilhelmstraße.

Rie wieder wird dein Haar ausgehen, wenn du es wäscht mit Caporen!

# Gebrauche A1a

- und im Haus siehst stets bei dir wie Sonntag aus!  
(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

## Schwarze, braune, weiße und blaue Kohle

Von Dipl.-Ing. Dr. Arthur Hamm.

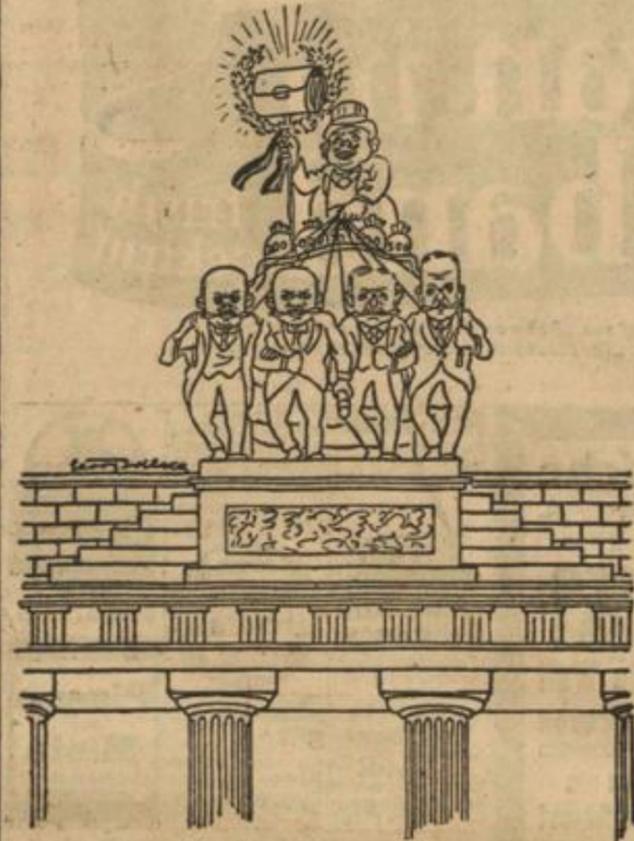
Unter den Schätzen, mit denen die Natur unseren mancherorts recht dürtigen Boden gesegnet hat, nimmt die Kohle an Bedeutung weitens die erste Stellung ein. Wir sind gewohnt als ihre Heimat das Ruhrgebiet und Oberschlesien zu betrachten und vergessen gar zu leicht, daß auch unser märkischer Boden diesen wertvollen Rohstoff in recht beträchtlicher Menge birgt. Das ist noch eine Erbschaft aus der Zeit vor dem Kriege. Damals wurde nur die Steinkohle, die eigentliche Kohle, geachtet, alles andere schien ein minderwertiges Produkt zu sein, nur zu Nebenzwecken brauchbar. Lediglich für den Hausbrand galt die durch Bräunung veredelte Braunkohle als vollwertig. So wurde denn immer nur mit Steinkohle gerechnet, als ob es nichts anderes gäbe. Freilich hatte die Steinkohle auch besonders wertvolle Eigenschaften. Ihr Heizwert ist weitens angrößer, mit einem Kilogramm guter Steinkohle kann man je nachdem 60-80 Liter Wasser von 0 Grad bis zum Kochen erhitzen, mit einem Kilogramm Braunkohle nur ein Drittel bis ein Viertel dieser Menge. Wenn man also die Kohle unter dem Kessel verbrennt, so erzeugt man mit der Steinkohle dreimal so viel Dampf wie mit der Braunkohle, abgesehen davon, daß diese auch noch schlechter verbrennt. Die Braunkohle dürfte also etwa nur ein Viertel der Steinkohle kosten, wenn sie ebenso billig verwendbar sein sollte, das war aber nie der Fall, weil die Frucht für beide gleich ist und wenn die Kohle nicht unmittelbar auf der Grube verbraucht wird, so spielt im Preise die Frucht eine gar zu große Rolle. Ein weiterer Vorteil der Steinkohle war es, daß sie bei der Verkohlung die vorzüglichen Nebenprodukte ergab, aus denen nicht nur die bekannten Anilinfarben, sondern auch eine Unmenge chemischer Erzeugnisse, fast alle wichtigen Arzneimittel zum Beispiel gewonnen werden. Die Braunkohle schien in der Hinsicht gar nichts zu leisten. Diese Verhältnisse hat sich inzwischen gründlich geändert. Die Verluste an kohlen erzeugenden Gebieten zwangen zu einem intensiven Abbau der Braunkohle und da lernte man ihre guten Eigenschaften, vor allem ihre Billigkeit, sehr schätzen. Freilich gilt es auch heute noch, daß sie keinen Transport verträgt, das heißt, daß sie durch die Frachtkosten so veräuert wird, daß ihre Verwendung nicht mehr lohnend ist. Aber man hat da einen ausgezeichneten Ausweg gefunden, indem man sie in eine edlere Form verewandelt, deren Transport wohl lohnend ist. Diese edlere Form ist die Elektrizität. Große Kraftwerke auf den Gruben verbrennen die Braunkohle in roher Form und erzeugen den elektrischen Strom, der mit hoher Spannung auf fast beliebig weite Entfernungen transportiert werden kann. Denn dabei sind die ganzen Transportkosten die Verluste in den Leitungsdrähten, und die sind sehr gering. Deutschland wird heute zum größten Teile durch Braunkohlenstrom mit Elektrizität versehen, die Elektrowerke in Berlin und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen, die größten deutschen Elektrizitätswerke, erzeugen nur Braunkohlenstrom. Auch hat man gelernt, aus der Braunkohle allerlei wertvolle Nebenprodukte zu gewinnen, und an einem Braunkohlenöl, dem Paraffinöl, ist dem verstorbenen Chemiker, Prof. Harries, zum ersten Male die Umewandlung aus einem Mineralöl in ein Pflanzenöl gelungen, wodurch vielen chemischen Industrien, z. B. der Seifenindustrie, ein äußerst wertvoller Rohstoff erschlossen worden ist. Damit ist auch unser märkischer Boden im Werte bedeutend erhöht, denn hier findet sich Braunkohle in Hütle und Halle.

Ein wenig anders steht es mit der weißen Kohle, dem Wasser, aus. Als man zuerst gelernt hatte, die Wasserkräfte durch hochspannige Elektrizität auf weite Entfernungen zu übertragen, da schloß der Enthusiasmus ins Kraut, und man glaubte die ganze Welt bald durch Wasserkräfte mit Strom versorgen und so die Kohlenvorräte der Erde fast ganz schonen zu können. In diesen Wein ist sehr viel Wasser gegossen worden. Wir wissen längst, daß nur wenige Wasserkräfte ausbaumwürdig sind, d. h., daß die Kosten ihres Ausbaues nicht so groß sind, um den Nutzen der kostlosen Stromerzeugung auszuwiegen. Diese Grenze ist enger gezogen, als

man sich vorstellt. Bei der großen Anlage des Bayernwerkes, das die Wasserkräfte des Walchensees und der mittleren Isar ausnützt, ist man vermutlich gerade an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, bei einer richtigen Wasserkraftanlage, die in Amerika zurzeit am Ausbau ist, ist die Grenze wahrscheinlich schon überschritten. Diese Anlage soll die ungeheure Strommenge von 4 Milliarden Kilowattstunden erzeugen, aber der Ausbau des Staues hat 340 Millionen Mark gekostet und die Verzinsung und Abschreibung dieser unge-

noch schlimmer steht es in der Beziehung mit der blauen Kohle, der Windkraft. Ihre Energie schwankt noch viel mehr als die der Wasserkräfte, und selbst wenn man nach Flettners Plänen die Windräder auf 200 Meter hohen Türmen aufstellt und die von ihm vorgedachte, sehr geistreiche Regulierung anwendet, wird es kaum gelingen, eine gleichmäßige Stromerzeugung zu erzielen. Auch hier muß das Dampfkräftwerk, das jederzeit so viel elektrische Energie erzeugt als gebraucht wird, als Reserve da sein, und die riesigen Türme sind auch alles andere als billig. Diese Kosten für Abschreibung und Verzinsung der aufgewendeten Kapitalien, der sogenannte Kapitalkosten, belasten die Stromerzeugung aus Windkraft noch viel mehr als die aus Wasserkraft und lassen ihre Zukunft als nicht sehr viel versprechend erscheinen. Unser größter Schatz ist und bleibt eben die schwarze und braune Kohle, und die Aufgabe von Technik und Wissenschaft muß es sein, sie immer besser auszunützen und nichts von ihren wertvollen Bestandteilen verloren gehen zu lassen.

## Entwurf



für eine zeitgemäße Umgestaltung der Quadriga auf dem Brandenburger Tor.

heuren Summe macht den Strom teurer, als wenn man ein — in der Herstellung viel billigeres — Dampfkräftwerk erbaut und den Strom durch Verbrennen von Kohle erzeugt hätte. Auch ist man sich längst darüber klar, daß nur die Verbindung eines Wasserkräftwerkes mit einem leistungsfähigen Dampfkräftwerk günstige Betriebsverhältnisse ergibt, denn Wasserkräftwerke haben manchmal viel, manchmal wenig Wasser, ihre Leistungsfähigkeit schwankt also sehr stark, der Stromverbrauch muß aber unter allen Umständen gedeckt werden. Das setzt die Kosten des erzeugten Stromes auch etwas hinauf.

### 400 Jahre Kokaïn.

Die Kokaïnseuche ist nach dem Weltkrieg in allen Kulturzentren, nicht nur bei uns, sondern nicht minder stark in Amerika und Frankreich als ein Vorker herorgetreten, das die erschöpften Nerven aufpeitschen sollte. Damit lebt eine Form der Selbstvergiftung wieder auf, die vor vielen Hunderten von Jahren in der Heimat der Kokaipflanze üblich war und längst abgetan schien. Die beiden Gelehrten T. J. J. und J. Franke, die ein Werk über den Kokaïnismus veröffentlicht haben, nennen diese Erscheinung „in der Geschichte der Genußgüte wohl einzigartig“. Es ist fast 400 Jahre her, daß Abenländer die wunderbaren Wirkungen dieses Kokaïnextraktes zuerst kennen lernten. Der spanische Eroberer Pizarro wurde 1532 in Südamerika mit dem Strauch Erythroxylon coca befaßt, dessen Blätter von den Eingeborenen allgemein gekaut und verehrt wurden. Der Strauch wurde als ein Geschenk der Götter gepriesen, und man sagte von ihm, daß er die Hungerigen sättige, den Müden neue Kräfte verleihe und die Unglücklichen ihren Kummer vergette lasse. Mit Koka im Munde brachte man den Göttern die Opfer dar, verrichtete die Gebete, gab sie den Toten mit ins Grab und verbrannte der Gottheit zu Ehren die wunderbaren Blätter.

Die Pflanze blieb dann lange unbeachtet, bis 1855 Bode aus ihr das Kokaïn isolierte und es 1860 in dem Göttinger Laboratorium von Böhler rein gewonnen wurde. Alexander von Humboldt hatte in der Schilderung seiner südamerikanischen Reisen zuerst wieder auf die Pflanze hingewiesen, und sie wurde 1864 von Loffen genauer untersucht. Die Gefährlichkeit des Kokaïns war aber schon vor mehreren Jahrhunderten festgestellt worden, und in der Heilkunde hat man es durch die weit weniger giftigen Präparate Kokaïn und in neuester Zeit Lutokain und Pitain ersetzt. Der Kokaïnverbrauch ist noch heute in Südamerika sehr groß; in Peru und Bolivien sollen jährlich allein etwa 16 Millionen Kilogramm der Blätter geerntet werden. Die Folgen des Koka-Kaüens zeigen sich in körperlichem Verfall, in glanzlosen Augen, in stumpfem Gesichtsausdruck, in vereworrenem Wesen, und nicht selten stellt sich zuletzt Verblödung ein. Die durch das Kokaïn ausgelösten Visionen hat Dehbi beschrieben; sie zeigen sich „in unbeschreiblich schönen und mannigen Gestalten, bald aber in grauenhaften Bildern“. Die Verbreitung der Seuche in Europa wurde gefördert durch die Verbindung mit dem Morphium und durch die besondere Art des Genusses in der „Pise“, dem Schnupfen. Neuerdings hat man Kokaïn auch bei Kampferbern verwendet, um ihre Leistungsfähigkeit dadurch vorübergehend künstlich zu steigern. Während die medizinische Verwendung des Kokaïns dauernd zurückgeht, ist der Verbrauch zu Genußzwecken sehr gestiegen.

### Eine Fastnachtsfeier ohne Männer.

Im alten württembergischen Jagerau, der Gegend um Bradenheim, gab es im Mittelalter ein eigenartiges Fastnachtsvergnügen. Die Frauen feierten nämlich ihre Fastnacht allein, und außer dem Schulführer durfte kein Mann daran teilnehmen. Auch diese einzige männliche Standesperson durfte nicht mitfeiern, sondern mußte bei den großen Fastnachtspielen als Schenke und Aufwärter tätig sein. Gleichwohl soll es, wie die Chronik meldet, bei den „Weiberzügen“ immer sehr fröhlich zugegangen sein, allerdings auch sehr derb.

## Das wilde Tier.

Von Heinrich Steiniger.

Zu jener Zeit, als die Drachen und Widmürmer noch nicht so selten waren, wie sie es heute sind, lebte in einem dichten, ungeheuren Wald ein wildes Tier, von einer Art, die jetzt längst ausgestorben ist. Es war überaus häßlich, hatte einen plumpen Körper, an dem sich ein stielartiger, von einem Stachelstachel getönter Schwanz ansetzte, einen dicken, unförmlichen Kopf mit einem riesengroßen Nasen, und vier kurze, mit spitzen Krallen bewehrte Pragen. Wenn man es von vorn sah, hätte man es für ein übergroßes, etwas aus der Art gefallenes Schwein halten können, von der Seite gleich es einem Zwitwergling von Krokodil und Schildkröte, und von hinten hatte es nicht geringe Ähnlichkeit mit einem halbvermoderten Baumstamm, auf dessen verborstener Rinde sich üppig wuchernde Schwammfamilien angesiedelt hatten.

Die Natur aber hatte diesem wüsten Formgemisch eine verewhältnismäßig äußerst gefühlsvolle Seele eingepflanzt. Zwar fraß das Tier alles, was ihm unter die Lagen geriet, aber es tat dies weniger aus Notlust als unter dem Zwange eines gewissen sachlichen Selbsthaltungstriebes, da es zum Unterhalt seines gewaltigen Körpers eben auch einer gewissen täglichen Nahrungsmenge bedurfte. Kein Wunder, daß es den Wald im Verlaufe einiger Jahre rein ausgefressen und von allem Lebendigen geleert hatte. Da es nun vom Hunger gequält wurde, mußte es, sehr gegen seine Abneigung, das schäuende Dickicht verlassen und sich zu Streifzügen auf das angebaute und bewohnte Land hinaus entschließen. So das Tier langsam, erregte es begrifflichweise das furchtbarste Entsetzen. Ihm zu entweichen war nicht möglich, da es trotz seines plumpen Körperbaues sich geschwinde fortzubewegen vermochte als der flüchtigste Mensch, und so geschah es, daß sich die Umgebung des Waldes nach und nach entwölkerte, und Schreden und Furcht dort einzogen, wo früher Sicherheit und Behagen geherrschet hatten. In dieser Rat verließ der König des Landes auf einen Ausweg, von dem er in alten Märchen gelesen zu haben sich erinnerte. Er schloß mit dem Tier einen Vertrag, demzufolge ihm jeden Tag ein Mensch, der durch das Los bestimmt wurde, ausgeliefert werden sollte, womit das Tier von Herzen zufrieden war, da das ewige Jagen und Hören durchaus nicht seiner Gemütsart entsprach. So fand es denn an einer vereinbarten Stelle im Walde jeden Morgen seine Nahrung, die es ungehört zu sich nahm, um sich für den Rest des Tages beschauliche Ruhe und ungeschörter Behaglichkeit hinzugeben.

Schon waren gar viele Unglückliche ledigen Alters und Geschlechts der Gefährlichkeit des Tieres zum Opfer gefallen, als das Los einmal einen ehrwürdigen Mann, den Vater Boquatus, traf. Und obgleich sich folgende die feurigsten seiner Verehrer, deren er seiner unvergleichlichen Vortrefflichkeit und Tugend wegen eine Unzahl besaß, dazu erbot, an seiner Statt sich freisetzen zu lassen, lehnte er doch solch's Ansuchen mit Unwillen ab und begab sich zur festgesetzten Stunde stolzen und mutigen Schrittes in den Wald, wo er denn auch bald an herumliegenden menschlichen Knochen den Ort erkannte, an dem nun auch er den Tod erleiden sollte. Er lehnte

sich an den mächtigen Stamm einer Eiche, kreuze die Arme über der Brust und erwartete ohne Jagen sein bitteres Ende. Als bald erschien auch das Tier, indem es feuchend seinen greulichen Leib aus dem finsternen Dickicht heranzog. Als es die regungslose Gestalt des Vaters erblickte, hielt es ertäunt inne, denn es war daran gewöhnt, mit lautem Heulen und Jammern begrüßt zu werden. Der unerhörte Vater aber hatte es nicht sobald bemerkt, als er ihm mit schallender Stimme entgegenrief: „Nur heran, du Höllebestie, fröhlich mich und tue mir, was dich dein Vater, der Teufel, gebietet!“ Da das Tier sich so hart angefallen hörte, verwunderte es sich noch viel mehr, senkte auch den Kopf zum Zeichen, daß es bereit sei, weiteres zu vernehmen. Dazu ließ sich der wackere Vater nicht zweimal einladen, sondern gab dem Tier, ohne sich erst lange zu bestimmen, von der Kraft seines Geistes zu schreien. „O du widerwärtiges scheußliches Ungeheuer“, sagte er. „Du hast wohl mehr Angst, mich zu freßen, als ich, von dir gefressen zu werden. Und müdest du auch nicht übel Grund zu solchem Erschrecken haben, denn meine Bein wird kaum eine Minute dauern, die deine aber durch alle Ewigkeit der Ewigkeiten. Und verheiß ich dir, daß du für jeden Menschen, den dein blutdürstender, gieriger Rachen verschlungen, wirst ein Jahrtausend gelotten, gebraten und mit glühenden Zangen gezwickelt werden. Und sollst du dabei von einem Hunger gequält werden, daß der Hunger, den du auf Erden erfahren, wie einer Luft und Freude ist dagegen zu fühlen. Zu gleicher Zeit aber wirst du mich in Paradiese erblinden, wie ich im kühlen Schatten lustwandele und von den lustigen Früchten genieße, die an allen Bäumen hängen. Und will ich dir e i n e n Tropfen alle hundert Jahre spenden, nicht um dich zu laben und zu erquicken, du Teufelsträße, sondern um deine Bein zu erhöhen und dir zu spüren zu geben, wie es den Seligen zimmte ist. Und soll die Warte niemals ein Ende haben und immer von neuem beginnen; und dir über alle Höhen unerträglich werden. Und werden dich dabei deine Brüder, als da Teufel und verdammte Geister sind, verlachen und verspotten, bis du vor Mut und Verzweiflung aufschwallst wie ein Berg, der voll Unrat und greulicher Verewwüstung ist. Nun aber laß mich nicht länger warten, damit ich durch deinen stinkenden Bauch hindurchfahre und zu den Sigen der Seligen gelange, nach denen mich schon lange gelüftet. Du aber sei deiner Stunde gewärtig, die dich in den tiefsten Schlafmuffel der Hölle schleudern wird.“

Nachdem der Vater Boquatus so gesprochen hatte, trat er dicht vor den Rachen des Tieres. Dieses aber, dem kein leichtes Entsetzen angekommen war bei dem gewaltigen Lärm der Rede, drehte sich schwerfällig um und versuchte, sich zu verewischen, indem es bei sich bedachte, daß es nach dem Genusse so vieler kräftiger Worte der selblichen Speise für diesen Tag wohl entraten könnte. Doch der Vater sprang ihm mit schnellen Schritten nach, und wie sich das Tier auch wenden und krümmen mochte, um ihm auszuweichen, blieb er ihm doch beständig zur Seite. Und obwohl er bei dem ungewohnten Hin- und Herpringen ein wenig außer Atem geriet, verewstete er sich währenddem keinen Augenblick des Stillstehens. „O du Ausgeburt aller Scheußlichkeiten!“ schrie er, „wollst du mich jetzt gleich hinunterschleudern? Meinst du, daß ich gekommen bin, um dir eine Predigt zu halten? Oder glaubst du, es möchte dir nützen, wenn du mich am Leben läßt? Nicht eine halbe Dual, gar nicht zu reden von einer ganzen, soll dir deshalb erlassen sein. Aber ich weiß ja, du Höllebestie, daß es nur deine teuflische Bosheit ist, die meinen Eintritt in das Reich, wo etliche Blüme und Früchden ist, verzögern will.

Auf! Deffne dein schäuiges Maul, daß es mir zum himmlischen Rachen werde!“

Das Tier aber tat keineswegs, wie ihm geheißen wurde. Als es sah, daß es dem Vater doch nicht entkommen könnte, duckte es sich auf den Boden und schloß seinen Rachen so fest, daß auch nicht eine Stachel, geschweige denn ein ziemlich beliebiger Vater hätte eindringen können. Daraus aber wurde dessen Jörn nur desto härter empfunden, und er ließ kein Mittel unversucht, das Tier zur Mut zu reizen, damit es endlich seine Pflicht täte und ihm aufträte. Während er es so mit Schimpfworten und Zuhritten angriff, wackelte letztere das Tier freilich durch seine dicke Hornhaut hindurch nicht verewspürte, geschah es, daß Gott ihn an Stelle seines viehischen Laun verewständlichen Begrusses die Gabe der vernünftigen Rede verlieh. Es schau also seine Kinnladen um ein weniges voneinander und sprach, so sanft es vermochte: „Worum schelten Sie mich, ehrwürdiger Herr? Allerdings habe ich einige Eurer Art zu mir genommen, aber wist Sie nicht, daß dies nicht aus meinem Willen erfolgte, sondern um einem Bedürfnisse der Natur zu genügen? Warum sollte ich also für etwas so grausam gestraft werden, das zu ändern doch nicht in meiner Will ist? Wenn Sie mich aber mit anderm Unterhalt versorgt, will ich in Zukunft gern vom Genuß menschlicher Nahrung lassen, zu dem mich doch nur die schiere Not getrieben, und dessen ich zur Erhaltung meines Leibes bedarf, der mir, was Euch nicht verewwehren möge, genau so vom Schöpfer bestimmt und zugeteilt wurde, wie Euch der Eilige.“

Der Vater war nicht im geringsten verwundert, als er das Tier so verewständig sprechen hörte. „Da sieh mich einer an!“ rief er und stieß ein lautes Gelächter aus. „O du Vater aller Lügenpropheten, deutst du, ich kenne deine Stimme nicht und liebe mich von dir überstöpseln, wie du Eua überstöpselt hast. Aber an mir sollen deine Ränke und Schliche zuschanden werden. Glaubst wohl, ich vermöchte auf deine arglistigen Fragen nicht zu antworten? So will ich dir zum ersten sagen, daß es dir übel ansteht, dich mit mir zu vergleichen, der ich nach dem Ebenbild Gottes geschaffen bin, während du schon im Keuchern alle Zeichen deiner höllischen Herkunft an dir trägst. Siehst du etwa Krallen an mir oder Schuppen oder ein so ungeheuliches Maul wie das deine? Wisse, daß was vom Himmel stammt, ist lieblich anzuschauen, was aber dem feurigen Abgrund entstiegen, ist gefornit nach der Gestalt deines Weckers, so der Teufel ist, und ist dir die Verwandtschaft mit ihm ausgeprägt und kannst sie nimmer verleugnen. Und sage ich dir zum zweiten, was die Nahrung angeht: daß Gott dem Menschen die Tiere zur Speise bestimmt hat für das unvernünftige Vieh aber die Pflanzen, Gräser und Kräuter, die überall um dich herum wachsen. Und nennt man die Tiere, die sich nicht daran genügen lassen, gemeine Wesen, und ist dem Menschen verewstet, sie zu bekriegen, zu töten und auszutilgen. Ist also ein frecher, unflätiger Uebermut von deinem Leiden, nach Nahrung zu begehren, die nur dem Menschen ansteht, und sollst du dafür zu Recht durch alle Ewigkeit geschmort, gezwat, zerewstet, zerewstet, zerewstet und gepeiniget werden, und sind dies fürwahr nur die leichtesten Martern, die dich erwarten!“ Und da der Vater Boquatus auf dem Gebiete des höllischen Lustigweizens besonders gut befaßt war, gedachte er dem Tiere keine seltenen Kenntnisse nicht vorzuenthalten und legte ihm mit genauer Beschreibung der Qualen, die es künftig erleiden sollte, dar, daß es im Innersten zerewstet wurde und endlich in religiöse Tränen ausbrach.

(Fortsetzung folgt.)

